

Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.

Bundestagswahlprogramm 2009

DIE LINKE.

Beschluss des Bundestagswahlparteitages
der Partei DIE LINKE, 20. und 21. Juni 2009 in Berlin

Inhalt

1. Ein Schutzschirm für die Menschen	3
2. Die sozialen Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellen	6
2.1. Gute Arbeit!	8
2.2. Wirtschaft gestalten	10
2.3. Gesellschaft ökologisch umbauen	12
2.4. Demokratisierung der Demokratie	16
2.5. Vielfältig und verlässlich – alle Lebensweisen stärken	17
2.6. Mehr Einheit wagen	19
2.7. Soziale Sicherheit: Solidarität statt Privatisierung	21
Gute Rente	22
Gesundheit und Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung	23
Erwerbslosigkeit verhindern, Arbeitslosenversicherung stärken, Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten, Hartz IV abschaffen, Mindestsicherung einführen	24
Bezahlbaren Wohnraum sichern	26
2.8. Niemanden ausgrenzen – Politik sozialer Gleichstellung	26
2.9. Für eine sozial gerechte Steuerreform	28
3. Für eine gerechte zukunfts offene Gesellschaft	30
3.1. Das gesellschaftliche Rückgrat – die öffentliche Daseinsvorsorge	31
3.3. Wissenschaft, Forschung und Produktivität für eine Produktions- und Lebensweise von morgen	35
3.4. Gestaltung einer digitalen Medienordnung für mehr Demokratie	37
3.5. Kulturelle Grundlagen einer dialogfähigen, gerechten Gesellschaft sichern	38
3.6. Ohne Gleichstellung bleibt die Demokratie unvollständig	39
4. Demokratie und Grundrechte schützen	41
4.1. Rechtsstaat und Sozialstaat – Alternativen zum Sicherheitsstaat	41
4.2. Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt	42
4.3. Die Bürgerrechte schützen	44
4.4. Die Humanität einer Gesellschaft misst sich an ihrem Umgang mit Menschen in Not	45
4.5. Den Feinden der Demokratie entschieden entgegenzutreten	47
4.6. Mehr auf die Bürgerin und den Bürger setzen	48
5. Frieden und Gerechtigkeit – weltweit!	49
5.1. Entwicklung braucht Gerechtigkeit	50
5.2. Globale Lösungen erfordern globale Kooperation	52
5.3. Deutsche Außenpolitik: Friedenspolitik durchsetzen!	53
5.4. Deutschland in Europa: Für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union	55
6. Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden.	56

1. Ein Schutzschirm für die Menschen

»Der neoliberale Marktfundamentalismus war immer eine politische Doktrin, die gewissen Interessen diente. Sie wurde nie von ökonomischer Theorie gestützt, ebenso wenig von historischen Erfahrungen.«
Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und ehemals Chefökonom der Weltbank, Juli 2008

Viele Bürgerinnen und Bürger, die am 27. September wählen, tun dies in Sorge und mit schwerem Herzen. Sie bangen um ihre Zukunft, ängstigen sich um ihre Arbeit, ihr Einkommen, ihren Ausbildungsplatz, ihre Rente. Viele von ihnen sind wütend und enttäuscht von neoliberaler Politik und dem kapitalistischen System. Sie brauchen einen Schutzschirm zur Rettung von Arbeitsplätzen, Löhnen und Sozialeinkommen.

Mindestens ebenso notwendig brauchen wir eine radikale Kehrtwende in der Umweltpolitik. Spätestens seit dem UN-Klimabericht ist klar: Wir zerstören unseren Lebensraum, wenn wir nicht sofort handeln. Die ökonomische und die ökologische Krise sind eng miteinander verzahnt. Auch hier steht der Profit gegen die Vernunft und die Interessen der gesamten Bevölkerung. Wir brauchen einen Schutzschirm für die Umwelt, um den weiteren Temperaturanstieg zu stoppen und die Umweltzerstörung zu verhindern.

Der Kapitalismus hat die Welt in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren getrieben. Handel und Wirtschaft brechen weltweit ein. Es trifft überall die Ärmsten der Armen. Weniger denn je ist der globale Kapi-

talismus in der Lage, einigermaßen erträglich menschenwürdige Lebensbedingungen zu gewährleisten. Die Politik des Sozialabbaus, der Deregulierung und Privatisierung, der entfesselten Finanzmärkte, der einseitigen Ausrichtung auf den Export und der Vernachlässigung von Kaufkraft und Binnenmärkten – diese Politik dient dem Profit von Wenigen und geschieht auf dem Rücken und auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung.

Nur zwei Beispiele, die zeigen, wie menschenverachtend dieses System funktioniert: Die Spekulation auf Rohstoffe treibt die Preise für Weizen und Reis hoch. Deshalb hungern Millionen Menschen noch mehr, und ihr Hunger macht zehntausende Spekulanten reich. Bei uns in Deutschland übernahmen Finanzinvestoren florierende Unternehmen, weideten sie um des höchsten Profits willen aus und hinterließen Ruinen. Die marktradikalen Geisterfahrer haben nur zweierlei im Kopf: Der Markt regiert. Die Profite müssen hoch sein und schnell erzielt werden.

Der Kapitalismus hat eine Gesellschaft hervorgebracht, in der die Herrschenden Gier, Geiz, Egoismus und Verantwortunglosigkeit zu Tugenden erhoben haben. Ihre Vertreterinnen und Vertreter haben abgewirtschaftet. Ihnen darf das Land nicht länger überlassen werden. Sie sind nicht bereit, aus dem Scheitern ihrer Dogmen Lehren zu ziehen. Die Deutsche Bank hält weiterhin Renditen von 25 Prozent für das entscheidende Ziel unternehmerischen Handelns.

Der Marktradikalismus hat versagt. Die anderen Parteien stehen in ihrer

praktischen Politik für ein »Weiter so« im Prinzip und für Änderungen im Detail: ein paar Steueroasen schließen, auf böse Manager schimpfen, die Finanzmärkte ein bisschen zügeln. Weit und breit kein Neubeginn.

Die Sorge, dass die Maßnahmen der Bundesregierung nicht reichen, um Arbeit und Einkommen von Millionen zu schützen, ist zu Recht groß. Arbeitsbereiche von Frauen stehen schon gar nicht im Fokus dieser Maßnahmen.

Die Frage, wer am Ende die Zeche für die Milliardenpakete zahlt, lassen die anderen Parteien offen. Diese Rechnung wollen sie den Bürgerinnen und Bürgern erst nach der Wahl präsentieren.

Wir nehmen die Ängste der Menschen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, vor weiterer Ausgrenzung und Verarmung ernst. Ihrer Wut geben wir eine Stimme, und wir vermitteln ihnen die Zuversicht, dass es auch anders geht. Gemeinsam mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden und sozialen Bewegungen ist DIE LINKE die einzige Partei, die sich für den sozialen Schutz der Mehrheit der Gesellschaft einsetzt. Wir haben die soziale Frage wieder auf die parlamentarische Tagesordnung gesetzt. Es gilt die Gleichung: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer unser Land.

Die gegenwärtige Krise ist mehr als eine Konjunkturkrise. Vieles kommt zusammen, was sich in den vergangenen Jahrzehnten hinter grenzenloser Profitsucht angestaut hatte: Kernschmelze auf den Finanzmärkten, eine tiefe globale Rezession, fortschreitende Umweltzerstörung, Klimawandel und Energiekrise sowie wachsende soziale Polarisierung. Die Krise wird

nicht in wenigen Monaten vorbei sein. Die entscheidende Frage ist längst nicht mehr, ob die öffentliche Hand sich wirtschaftlich engagiert, sondern in wessen Interesse, mit welchen Zielen und auf wessen Kosten dies geschieht.

Die Ungerechtigkeit im Land hat zugenommen. Seit zwei Jahrzehnten kannten die herrschende Politik und die Wirtschaft nur eine Richtung: Die Löhne der abhängig Beschäftigten sollten sinken – und sie sanken. Die Steuern der Wohlhabenden und großen Unternehmen sollten sinken – und sie sanken. Deren Gewinne aber sollten steigen – und sie stiegen. Die oberen 20 Prozent wurden reicher, die unteren 50 Prozent ärmer. Die öffentlichen Einrichtungen sind in einem jämmerlichen Zustand. Jedes siebte Kind lebt in Armut, in Ostdeutschland ist es jedes vierte. Zwei von fünf alleinerziehenden Frauen leben in Armut. Unser Bildungswesen ist in einem schlechten Zustand und zutiefst ungerecht. Die Reichen sind damit beschäftigt, aus viel Geld noch viel mehr Geld zu machen. Im Jahr 2006 beliefen sich die privaten Finanzvermögen in Deutschland auf eine Summe von 4,5 Billionen Euro; den unteren 50 Prozent der Bevölkerung gehört davon fast nichts, den oberen 20 Prozent fast alles. Diese privaten Reichtümer wurden zum Treibstoff für den raketenhaften Aufstieg der Investmentfonds, der Hedgefonds, für die Weltmacht Finanzwirtschaft. Weil diese Fonds Hunderte von Milliarden Euro einsammelten, gewannen sie Macht über die Politik. Ihre Anlage- und Investitionswünsche wurden sogar für starke Staaten zum Befehl. Diese Art des Wirtschaftens hat der produzierenden Wirtschaft sehr geschadet, es ging ihr an die Substanz. Solide

Unternehmen wurden förmlich ausgeplündert, es wurde zu wenig geforscht, zu wenig über neue Märkte und neue Produkte nachgedacht.

Die aktuelle Krise ist die Krise einer Wirtschaftsordnung, die allein für den Profit produziert. Gerade in den letzten zehn Jahren haben sich die Regierungen in den Dienst des Kapitals gestellt. Mit der Agenda 2010 wurde das Lohndumping auf die Spitze getrieben. Zum ersten Mal seit 1945 wurden Löhne in einem Konjunkturaufschwung gesenkt! Dies ist nicht nur sozial hochgradig ungerecht, darüber hinaus begann durch die Schwächung der Binnennachfrage die Wirtschaftskrise bereits im Frühjahr 2008. Das Lohndumping, die damit verbundene Umverteilung, ja, die Enteignung der Menschen in Deutschland und weltweit sind schließlich dafür verantwortlich, dass die Finanzmärkte aufgepumpt wurden. Mit unserem Geld haben die Zocker im Casino ihr Unwesen getrieben. Ein Finanzsystem, das auf der Jagd nach Maximalrenditen Billionen in spekulative Schneeballsysteme versenkt, statt reale Investitionen zu finanzieren, erklärt sich selbst historisch für bankrott.

Der Kapitalismus ist nicht nur sozial ungerecht und ein Motor der Klimakatastrophe. Er ist heute auch wirtschaftsfeindlich. Wirtschaftsunternehmen, die selbst im Aufschwung Löhne drücken, Stellen vernichten sowie Investitionen und Forschungsausgaben reduzieren, um ihren Anteilseignern möglichst hohe Summen auszuschütten, verringern Wachstum und verteilbaren Reichtum. Der Kapitalismus zerstört die Mittelschichten und bewirkt eine extreme Einkommenskonzentration. Er führt dadurch zu einer systematischen Fehlsteuerung

der Wirtschaft, zum Aufbau riesiger Überkapazitäten und zu einer gravierenden Unterversorgung. Außerdem entstehen bedrohliche globale Ungleichgewichte. Ergebnis ist eine massive Zerstörung von Produktion und Produktivität, von Arbeitsplätzen und Wohlstand, von Innovation und Kreativität.

Die tiefe soziale Spaltung in Deutschland ist kein Schicksal, sondern Ergebnis von Politik: der Grünen, der Liberalen, der Sozialdemokraten, der Konservativen. Sie haben die Gesetze beschlossen, die das alles möglich machten. Sie sagten, wir tun dies, weil wir euch damit helfen: Ist die Arbeit der Menschen erst einmal billig, sind die Steuern für Unternehmen und Wohlhabende erst einmal niedrig, dann gibt es genug Wachstum und Arbeitsplätze für alle. Das große Versprechen entpuppte sich als großer Betrug.

Wir stehen vor einer klaren Alternative: Entweder setzt sich weiter ein renditeorientiertes Gesellschaftsmodell durch, also Politik und Staat räumen den Scherbenhaufen auf, den die Marktradikalen hinterlassen haben, und die Mehrheit der Bevölkerung bezahlt dafür.

Oder wir erkämpfen den Einstieg in eine andere Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen. Es ist Zeit für echte Alternativen.

Wer die aktuelle Krise bekämpfen will, muss mit Sofortmaßnahmen beginnen, die

■ mit einem Zukunftsfonds Arbeitsplätze sichern und mit einem öffentlichen Investitionsprogramm neue Arbeitsplätze schaffen,

■ die sozialen Sicherungssysteme wieder befestigen und das öffentliche Eigentum stärken,

■ eine Millionärssteuer einführen, die Banken vergesellschaften und staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte der öffentlichen Hand und Belegschaften vergeben.

DIE LINKE steht für einen Neuanfang. Die Interessen der Beschäftigten und der großen Mehrheit der Gesellschaft sind in einer anderen Wirtschaftsordnung grundsätzlich besser aufgehoben einer Wirtschaftsordnung, die den Kapitalismus schrittweise überwindet, die in Kernbereichen der Wirtschaft auf öffentlichem und Belegschaftseigentum aufbaut und die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung in die soziale und politische Verantwortung demokratischer Institutionen einbindet.

Das wird nur gelingen, wenn viele Millionen Bürgerinnen und Bürger sich dafür in Betrieben und Verwaltungen, bei Demonstrationen, Massenprotesten und Streiks engagieren. DIE LINKE will ein Bündnis für sozialen Fortschritt in Deutschland.

Wir haben aus der Geschichte der Arbeiterbewegung gelernt: Die soziale und die demokratische Frage haben beide einen eigenen Wert. Diese Werte dürfen nie mehr gegeneinander ausgespielt werden. Das bildet die Grundlage für einen demokratischen Sozialismus.

DIE LINKE legt mit dem Bundestagswahlprogramm 2009 ihre Vorschläge vor, was in den kommenden Jahren verändert werden muss. Wir sind überzeugt, dass mit unseren Vorschlägen eine bessere Ordnung der Verhältnisse möglich ist: eine, in der Eigentum tatsächlich dem Wohle der Allgemeinheit dient.

2. Die sozialen Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellen

»Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.«
CDU, Ahlener Programm 1947

Der Finanz-Kapitalismus ist gescheitert. Ebenso gescheitert ist die Politik, die ihm zugrunde liegt. Nach dem Zusammenbruch dieses Systems der Bereicherung stellen Union und SPD Hunderte Milliarden Euro aus Steuermitteln an marode Banken ohne Gegenleistung zur Verfügung. Ob nach

der Rettung der Banken noch ausreichend Mittel bereitstehen, Arbeitsplätze und Einkommen zu schützen, ist ungewiss. Im Herbst und Winter werden die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt in voller Konsequenz durchschlagen. Erst dann wird sich zeigen, unter welchem massiven finanziellen Druck die Sozialsysteme geraten werden. Allgemeine Garantien für die Renten, die Arbeitslosenversicherung, die Kranken- und Pflegeversicherung werden nicht ausreichen. Wer diese Garantien einlösen will, kommt an grundlegenden Verände-

rungen des Finanz- und Wirtschaftssystems und des Steuersystems nicht vorbei. Wer Arbeitsplätze, Einkommen und Sozialstaat mit möglichst geringen Lasten durch die Krise bringen will, der muss bereit und in der Lage sein, die Umverteilung von unten nach oben und von öffentlichen in private Hände umzukehren – damit die Krisenlasten nicht auf Jahrzehnte die öffentlichen Haushalte belasten, damit neue Arbeitsplätze entstehen können, damit der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft wieder hergestellt wird und damit die notwendigen Weichenstellungen in der Wirtschaftsstruktur erfolgen.

Wir wollen deshalb die Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzern-Gewinne erhöhen. Eine Börsenumsatzsteuer muss eingeführt werden. Die Vermögenssteuer muss als Millionärssteuer wiedererhoben werden. Damit der Staat von den Krisenlasten nicht erdrückt wird, handlungsfähig bleibt und ehrgeizige Investitionsprogramme finanziert werden können, wollen wir auf alle Privatvermögen von mehr als einer Million Euro eine jährliche Millionärssteuer von fünf Prozent erheben.

Von 2009 an wollen wir ein jährliches öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro, die für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende verwendet werden. Davon müssen im Rahmen eines nationalen Bildungspaktes jährlich rund 18 Milliarden Euro mehr von Bund und Ländern in Bildung investiert werden. Ein Zukunftsfonds, der mit 100 Milliarden Euro ausgestattet ist, steht den Unternehmen zur Verfügung, die sich in Produkten und Verfahren sozial und ökologisch weiterentwickeln wollen.

Zusammen sollen so zwei Millionen zusätzliche, nach Tarif bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden, davon eine Million nach skandinavischem Vorbild bei öffentlichen Dienstleistungen – vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen, Sport und Kultur. Die Privatisierung von öffentlichem Eigentum wollen wir stoppen und in wichtigen Fällen rückgängig machen. Energiekonzerne und Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand. Es ist das Gebot der Stunde, die Banken zu vergesellschaften, damit sie sich wieder berechenbar auf ihre Hauptaufgaben konzentrieren: die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger mit Krediten zu versorgen und unterschiedliche Formen von risikoloser Ersparnisbildung anzubieten.

DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Sozialverbände im »Bündnis soziales Deutschland« für eine sofortige Anhebung der Regelsätze für Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger. Wir fordern für die nächste Wahlperiode die Anhebung auf 500 Euro. Es muss nach französischem Vorbild ein existenzsichernder, flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden, der in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro erhöht wird.

Nur wenn die Binnenkonjunktur mit höheren Löhnen, höheren Sozialleistungen und öffentlichen Investitionen belebt wird, kann die Volkswirtschaft ihre inzwischen gefährlich einseitige Abhängigkeit vom Export mildern.

Die Krisen bewältigen – die Weichen neu stellen. Das ist das Gebot der kommenden Jahre: auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaftsstruktur, in der Technologie, in den Sozialsystemen.

2.1. Gute Arbeit!

»Der ist ein Narr, der die Kultur von der Arbeit zu trennen gedenkt.«

Antoine de Saint-Exupéry

Den Arbeitsmarkt werden in den kommenden Monaten wachsende Arbeitslosigkeit und die Angst um den eigenen Arbeitsplatz beherrschen. Die Politik muss gegensteuern und die Arbeitsmarktpolitik anpassen. Es muss aber auch verhindert werden, dass die auf den Arbeitsmarkt durchschlagende Krise zu einer neuen Runde der Erpressung der Belegschaften führt und sich schlechte Arbeit weiter ausbreitet. Was gebraucht wird, ist ein Boom für gute Arbeit.

Jede Frau und jeder Mann hat ein Recht auf gute Arbeit, auf eine Erwerbstätigkeit, die anständig bezahlt wird, die ein existenzsicherndes Einkommen und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht. Eine Arbeit, die nicht krank macht. Das Gegenteil ist der Fall, und immer weniger Beschäftigte werden durch einen Betriebs- oder Personalrat vertreten und durch Tarifverträge geschützt.

Seit der Regierung von SPD und Grünen haben Leiharbeit, befristete Beschäftigungen und Minijobs dramatisch zugenommen. Immer mehr Menschen arbeiten zu Hungerlöhnen: Fünf bis sechs Millionen erhalten Stundenlöhne unter 7,50 Euro; selbst Löhne unter fünf Euro sind keine Seltenheit. Die Zahl der Langzeiterwerbslosen ist unvermindert hoch. Frauen erhalten rund ein Viertel weniger Lohn als Männer. Im Osten Deutschlands sind die Löhne besonders niedrig, und die Erwerbslosigkeit ist doppelt so hoch wie im Westen. Besonders häufig sind Migrantinnen und Migranten gezwungen, zu skandalösen Löhnen zu arbeiten.

Nach jahrelanger Senkung der Real-löhne brauchen wir wieder deutlich steigende Masseneinkommen. Auch der Staat selbst ist gefordert. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Investitionen im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit deutlich steigern. In den vergangenen Jahren wurden hunderttausende Vollzeit-arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abgebaut. Dieser Trend muss gestoppt und umgekehrt werden. Aufbauend auf den skandinavischen Erfahrungen, ist eine Ausweitung sozialer Dienstleistungen erforderlich – vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen, Sport und Kultur. Dieser Bedarf soll mit öffentlich geförderter Beschäftigung für Erwerbslose verzahnt werden. Ein-Euro-Jobs sind in tariflich bezahlte Stellen umzuwandeln.

DIE LINKE fordert:

- Einfallstore für Niedriglöhne schließen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer, für Beschäftigte in Ost und West; keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen; Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde; Schutz der beruflichen Qualifikation bei Arbeitslosigkeit;
- Leiharbeit strikt begrenzen und durch gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung zurückdrängen; maximale Ausleihdauer auf sechs Monate bei Mitbestimmung der Betriebsräte begrenzen; befristete Beschäftigung bei Leiharbeitsfirmen und den Einsatz als Streikbrecherin und Streikbrecher verbieten;
- durch klare gesetzliche Definitionen sowie wirksame Kontrollen und Sanktionen sicherstellen, dass Unternehmen keine Beschäftigten in Scheinselbst-

ständigkeit drängen beziehungsweise Arbeitsplätze in scheinselfständige Erwerbstätigkeiten umwandeln;

■ Erpressung der Beschäftigten beenden: Kündigungsschutz ausweiten und Hartz IV abschaffen; ein wirksames Anti-Mobbing-Gesetz schaffen; das Ausspionieren von Beschäftigten beenden; ein wirksames Arbeitnehmerdatenschutzgesetz schaffen;

■ Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien abhängig machen: Zahlung von Tariflöhnen beziehungsweise eines gesetzlichen Mindestlohns; Gleichstellung von Frauen und Männern; Förderung und gleichberechtigter Zugang von Menschen mit Behinderung und von Menschen mit Migrationshintergrund; Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen;

■ flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild einführen, der in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro erhöht wird und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen; höhere tarifliche Mindestlöhne in den betreffenden Branchen für allgemeinverbindlich erklären; Allgemeinverbindlichkeitserklärung auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände erleichtern;

■ gesetzliche Höchstarbeitszeit senken auf regelmäßig 40 Stunden pro Woche; die 35-Stunden-Woche und weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich mit den Gewerkschaften durchsetzen; mit rechtlich erzwingbaren Personal- und Stellenplänen den Betriebs- und Personalräten ermöglichen, bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit deutlich mehr Beschäftigung und weniger Leistungsdruck durchzusetzen; ein erzwingbares

Initiativrecht für Betriebsräte schaffen, um Einstellungen zu erreichen;

■ gute Ausbildung sichern: Ausbildungsumlage im dualen System einführen; Ausbildungsentgelte grundsätzlich tariflich vereinbaren; außer- und überbetriebliche Ausbildungen mit betrieblichen gleichstellen; Jugendarbeitsschutz ausbauen und Jugendvertretung stärken;

■ klare gesetzliche Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnissen: Berufseinstieg über reguläre Arbeitsverträge sichern; Praktika mit mindestens 300 Euro im Monat vergüten;

■ Arbeit menschlich und familienfreundlich gestalten: Rechte von abhängig Beschäftigten mit Kindern stärken (Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, Überstunden); Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte verkürzen; Arbeitszeitmodelle fördern, mit denen die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und individueller Lebensgestaltung verbessert wird (mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten statt angeordneter Flexibilität, Arbeitszeitkonten, Sabbatjahr, Heimarbeit als Option);

■ für ältere Beschäftigte durch Weiterbildung, gesundheitliche Prävention und altersgerechte Arbeitsbedingungen bessere Möglichkeiten schaffen, bis zum Eintritt in die Rente versicherungspflichtig tätig zu sein;

■ Lohndiskriminierung von Frauen bekämpfen: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit; bessere Bezahlung für Berufe, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind; bessere rechtliche Absicherung durch ein Verbandsklagerecht; Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft, das Unternehmen so lange zu Maßnahmen verpflichtet, bis mindestens

eine 50-Prozent-Quote für Frauen auf allen Qualifikationsstufen bis hin zu Vorständen und Aufsichtsräten erreicht ist;

■ Mitbestimmung der Beschäftigten ausbauen: Die Beteiligung von abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften an wesentlichen Entscheidungen der Unternehmen stärken; die paritätische Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten auf alle privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ausweiten, die mehr als 100 Beschäftigte haben; die Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen auch in kleineren Betrieben im Betriebsverfassungsgesetz verankern;

■ Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten verbessern: den Anti-streikparagrafen abschaffen; das Streikrecht auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen ausweiten, ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zum Schutz geltender Tarife einführen; das Recht auf politischen Streik wie in anderen Ländern Europas durchsetzen.

2.2. Wirtschaft gestalten

»Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«

Karl Marx

Millionen Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat Einfluss auf die Wirtschaft nimmt. Die entscheidende Frage ist längst nicht mehr, ob die öffentliche Hand sich wirtschaftlich engagiert, sondern in wessen Interesse, mit welchen Zielen und auf wessen Kosten das geschieht.

Eine Demokratie funktioniert nur dann, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch gegenüber wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann. Die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten des Volkes müssen den Unternehmen die Ziele des Wirtschaftens und einen klar definierten Rahmen vorgeben. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein.

Als erster Schritt muss der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Sparkassen und Genossenschaftsbanken beweisen, dass Banken in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden können. In Zukunft sollen alle Banken dem Gemeinwohl dienen. Wer allerdings versucht, den Finanzmarkt zu regulieren, ohne die immer weitere Anhäufung von Kapital und Vermögen zu stoppen und zu reduzieren, ist zum Scheitern verurteilt. Die Enteignung von Millionen arbeitender Menschen muss wieder rückgängig gemacht werden. Das ist nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der wirtschaftspolitischen Vernunft, denn nur so kann die Binnennachfrage gestärkt werden.

Das Thema Wirtschaftsdemokratie gehört auf die Tagesordnung. Wer den Unternehmerinnen und Unternehmern und den Finanzfonds freie Hand lässt, verhindert Demokratie. Genau dies erleben wir jetzt täglich. Auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialbindung des Eigentums gesichert werden. In den vergangenen Jahren wurde die wachsende Unterordnung des Betriebsvermögens unter die Interessen der Investmentfonds gefeiert. Diese Fonds sind an der langfristigen Unternehmensentwicklung nicht interessiert. Massenentlassungen in

florierenden Betrieben wurden normal und die Rechte der Beschäftigten Makulatur.

Wir fordern ein Verbot von Massenentlassungen bei allen Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind. Es geht jetzt darum, die ständige Entzweiung der Lohnabhängigen durch Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Lohndumping umzukehren. DIE LINKE fordert deshalb, dass staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte der öffentlichen Hand und Belegschaften vergeben werden; die Großgläubiger müssen benannt werden.

Nicht zuletzt brauchen wir eine neue internationale Wirtschaftspolitik. Dass Spekulanten die Handels- und Kapitalströme bestimmen und schwere Krisen auslösen, ist ein globaler Irrsinn, der nicht hinzunehmen ist. Auf europäischer Ebene müssen Regulierungs- und Aufsichtsstrukturen aufgebaut und bestehende gestärkt werden. Auf internationaler Ebene ist darüber hinaus eine Reform des Währungssystems erforderlich, um die Abhängigkeit der Wechselkurse von spekulativen Kapitalbewegungen zu beenden. Es müssen Zielzonen für die Wechselkurse eingerichtet werden, um den Welthandel zu stabilisieren. Es ist wichtig, dass die Steueroasen wirklich geschlossen werden.

Vergesellschaftung des Finanzsektors, Demokratisierung der Wirtschaft, mehr soziale Gerechtigkeit, stärkerer Binnenmarkt und konsequenter ökologischer Umbau – diese Leitlinien sind zugleich eine wirksame Politik für kleine und mittlere Unternehmen. Diese gilt es darüber hinaus mit einer gezielten Steuer- und Förderpolitik zu unterstützen.

DIE LINKE fordert:

- private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren: den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand überführen und, entsprechend den Sparkassen, auf das Gemeinwohl verpflichten; Leerverkäufe, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften verbieten; Steueroasen austrocknen; zinsgünstige Finanzierung sinnvoller Investitionen gewährleisten; kleinen und mittleren Unternehmen sowie Konsumentinnen und Konsumenten faire Konditionen bieten; kostenloses Girokonto für jede und jeden ermöglichen; Börsenumsatzsteuer am Finanzplatz Deutschland und möglichst international einführen; die Europäische Zentralbank reformieren, sie gleichrangig zur Preisstabilität auch auf die Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichten und durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kontrollieren; das internationale Finanzsystem reformieren, die Spekulation mit Währungen durch feste, aber veränderbare Wechselkurse eindämmen;

- Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze auflegen: mit Investitionen von 100 Milliarden Euro pro Jahr in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr die Krise bekämpfen; Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft einrichten und mit 100 Milliarden Euro für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung industrieller Arbeitsplätze, Unterstützung der Unternehmen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte ausstatten;

eine Million dieser Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen und darüber hinaus 500 000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektor;

■ Verteilung von Einkommen und Vermögen gerechter gestalten: deutlich höherer Anteil der Löhne am Volkseinkommen und gerechte Steuerpolitik, welche die Vermögenseinkommen, große Erbschaften und Finanzgeschäfte wesentlich stärker belastet als bisher; Millionärssteuer für die Bewältigung der Krisenlasten;

■ Wirtschaft demokratisieren: Belegschaften an den großen Unternehmen beteiligen; staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und Belegschaften vergeben; Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen mit demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verbinden; Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind; paritätische Mitbestimmung in allen Betrieben ab 100 Beschäftigten; Wirtschaftsverbrechen und Korruption entschieden bekämpfen;

■ nachhaltige Landwirtschaft ausweiten: Anteil des ökologischen Landbaus erhöhen; Spekulation mit Agrarrohstoffen und Boden verhindern; Einsatz von Mineräldüngern und Pflanzenschutzmitteln verringern; den Tierschutz bei der Haltung und beim Transport deutlich verbessern; Hormone und Antibiotika gehören nicht ins Futter; keine Patente auf Lebewesen und deren Gene; Preisdumping der Handelsketten zu Lasten der Bäuerinnen und Bauern unterbinden; Agro-Gentechnik verbieten; Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen in Nahrung und Futtermitteln bis zur Nachweisgrenze von

0,1 Prozent verschärfen; gentechnikfreie Regionen und auf sie hinführende Initiativen unterstützen; EU-Subventionen für soziale und ökologische Leistungen der Agrarbetriebe einsetzen und ihre Verteilung transparent machen; naturnahe Waldbewirtschaftung fördern, gleichwertige Lebensbedingungen auch in Dörfern und kleinen Städten sichern;

■ öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen statt privatisieren: dort bereits erfolgte Privatisierungen zurücknehmen; Unternehmen der Daseinsvorsorge rekommunalisieren und den öffentlichen Sektor ausbauen;

■ kleine und mittlere Unternehmen wirksamer schützen: bessere Abschreibungsregeln schaffen, IHK-Beiträge bis zu einem Gewerbeertrag von 30 000 Euro aussetzen; Vorschriften für die Auftragsvergabe an und von Großunternehmen verschärfen (kleine Lose); strikteres Wettbewerbs- und Kartellrecht gegen Strom- und Gaskonzerne schaffen; Durchsetzung von Forderungen gesetzlich erleichtern; Patentrecht mit dem Ziel der leichteren und schnelleren Verwertung von Erfindungen auch durch kleine und mittlere Unternehmen reformieren;

■ eine solidarische Ökonomie unterstützen: Genossenschaften stärker fördern, ihnen die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stellen.

2.3. Gesellschaft ökologisch umbauen

»Wir gehen mit dieser Welt um, als hätten wir eine zweite im Kofferraum.«

Jane Fonda

Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirt-

schaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille. So ist ambitionierter Klimaschutz nicht nur wichtig für den Erhalt unserer natürlichen Umwelt, sondern zugleich ein Beitrag zum Kampf um globale soziale Rechte, verschärft der fortschreitende Klimawandel doch das tägliche Ringen von Millionen Menschen ums Überleben. Die konkrete Ausgestaltung von Umweltpolitik darf jedoch nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft in »Arm und Reich« führen. Bezahlbare Energie und Mobilität müssen auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet sein.

Das fossil-atomare Zeitalter beenden

Eine konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ist eine zentrale Investition in ein ökologisches und friedliches 21. Jahrhundert. Im Kampf gegen den Klimawandel müssen die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 halbiert und bis Mitte des Jahrhunderts um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Wer heute auf regenerative Energien setzt und das Wissen für eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen nicht an Ressourcenkriegen um Öl und Gas beteiligen. Als Etappenziel fordert DIE LINKE für 2020: Im Strombereich soll der Anteil erneuerbarer Energien mindestens die Hälfte, im Wärme- und Kältesektor ein Viertel betragen. Besonders wichtig ist dabei die dezentrale Energieversorgung in öffentlicher Hand.

Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird sein, sich auf den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einzustellen. Alle Planungsmaßnahmen

zu Raumordnung, Stadtentwicklung, Verkehr, Küstenschutz und Landschaftspflege müssen sowohl Aspekte des Klimaschutzes als auch der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die Energieeffizienz deutlich erhöht und im großen Maßstab Energie eingespart wird. Wir brauchen eine ökologisch-technische Effizienzrevolution, eingebettet in alternative Lebensstile. Mittelfristig muss in Deutschland der komplette Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen: Eine Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ohne Atomkraft und ein mittelfristiger Ausstieg aus der Kohleverstromung sind möglich. Wir wollen sie konsequent betreiben. Wir lehnen daher die Planung und den Bau neuer Kohlekraftwerke ab – ebenso wie die von der Energiewirtschaft propagierte Scheinlösung der Verpressung von Kohlendioxid in den Untergrund. Der notwendige Wandel in den bisher vom Bergbau geprägten Regionen soll ökologisch und sozial ausgewogen gestaltet werden.

Der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument der EU hat bislang versagt. Er hat zu jährlichen Mitnahmegewinnen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe geführt und nicht zum Klimaschutz beigetragen. In Zukunft müssen Kraftwerke und Unternehmen drastisch verschärfte Vorgaben für den Klimagasausstoß erhalten.

Der rot-grüne Atomkonsens von 2000 ist Nonsense, denn die garantierten Restlaufzeiten dienen zuallererst den

Profitinteressen der Atomindustrie. Der Betrieb von Atomanlagen birgt jedoch unverantwortlich hohe Risiken; eine sichere Endlagerung von Atom­müll für eine Million Jahre und mehr ist nicht zu gewährleisten. Das Fiasko in den Atommülllagern Asse und Morsleben zeigt, wie fahrlässig die bisherige Praxis ist. DIE LINKE fordert darum die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen sowie ein Verbot für den Export von Atomtechnik. Atommülltransporte müssen bis zu einer verlässlichen Lösung der Endlagerung ausgesetzt werden.

Wir wollen die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen. Das Energiekartell muss entflochten, die Energieversorgung weitgehend rekommunalisiert, die Energiemonopole müssen schrittweise aufgelöst werden.

Ökologisch umsteuern in Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft

Nicht nur das Erdölzeitalter geht unwiderruflich zu Ende. Auch andere Rohstoffe werden knapp. Die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, müssen daher in den nächsten Jahrzehnten um den Faktor 10 reduziert werden. Kapitalistisches Wirtschaftswachstum sollte nachhaltigen Lebensstilen und sozialökologischem Wirtschaften weichen.

Der Verkehr ist der einzige Sektor in Deutschland, der steigende Klimabelastungen verursacht. DIE LINKE kämpft daher für eine ökologische Verkehrswende. Öffentlicher Verkehr muss massiv ausgebaut, barrierefrei und erheblich preiswerter werden. Mobilität als eine Voraussetzung für

die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Langfristig streben wir einen unentgeltlichen Nahverkehr an.

Das Streckennetz der Bahn und das Angebot des Nahverkehrs müssen wieder wachsen. Die Privatisierung der Bahn und von Nahverkehrsunternehmen lehnen wir ab. Mit Hilfe einer aktiven Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung ist eine Strategie der kurzen Wege zu etablieren. Fuß- und Fahrradverkehr müssen erheblich stärker gefördert werden. Der Güterverkehr muss von der Straße auf die Schiene und vorhandene Schifffahrtswege verlagert werden.

Flugverkehr ist das umweltschädlichste aller Fortbewegungsmittel – und gleichzeitig das am meisten subventionierte. Kerosin und Schiffsdiesel/Schweröl sind endlich zu besteuern und die Befreiung des internationalen Flugverkehrs von der Mehrwertsteuer aufzuheben.

Der Treibstoff- beziehungsweise Energieverbrauch aller Verkehrsträger ist stark zu vermindern. Agrosprit ist keine Alternative zu einer grundlegenden Wende in der Verkehrspolitik. Der vermehrte Anbau großflächiger Monokulturen für Agrosprit verschärft den Welthunger und beschleunigt die Abholzung von Tropenwäldern. Die Nutzung von organischen Abfällen und »Energiepflanzen«, um Wärme und Energie zu gewinnen, ist wesentlich effizienter als deren Nutzung für Treibstoffe.

DIE LINKE fordert:

■ vollständiger Umbau der Energiewirtschaft: erneuerbare Energien bis zur regenerativen Vollversorgung konsequent und schnell vorantreiben;

das Erneuerbare-Energien-Gesetz noch wirksamer ausgestalten; Wärme aus erneuerbarer Energie und Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben; Einführung eines Energiesparfonds mit dem Fokus auf Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte; strengere ordnungsrechtliche Standards für den Energieverbrauch von Büro- und Haushaltsgeräten, u. a. ein Verbot sogenannter Stand-by-Schaltungen mit einem Verbrauch von über 1 Watt; »Top-Runner«-Programme für Elektrogeräte, in denen alle drei Jahren das energie- und ressourcensparendste Gerät als gesetzlicher Mindeststandard festgeschrieben wird; energetische Sanierung des Gebäudebestandes und Klimaneutralität von Neubauten; bundesrechtliche Vorgaben für eine ökologische Bauleitplanung; die Endlagerstandorte Gorleben und Schacht Konrad aufgeben; neue Standorte, transparent und gerichtlich nachprüfbar, auf Kosten der Atomindustrie suchen; unverzüglicher und unumkehrbarer Ausstieg aus der Atomwirtschaft; Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze; Rekommunalisierung zentraler Teile der Energieversorgung; Sozialtarife verbindlich einführen, Versorgung mit Strom und Heizenergie für alle garantieren; Besteuerung der Extraprofite der Energiekonzerne aus dem Emissionshandel; Wiedereinführung der Strom- und Gaspreisaufsicht durch die Länder und Schaffung von Verbraucherbeiräten in der Preisaufsicht; Versteigerung statt kostenloser Vergabe von Emissionszertifikaten; Versteigerungserlöse für den Klimaschutz und zur sozialen Abfederung der Energiewende einsetzen; schrittweise schärfere CO₂-Vorgaben für Industrie und Individualverkehr

machen; keine Agroenergie-Importe aus dem Nicht-EU-Ausland und Fokus bei der Biomassennutzung auf der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme;

■ ökologischer Umbau der Wirtschaft: Produktionsprozesse und Produkte nachhaltig gestalten; regionale Wirtschaftskreisläufe vorrangig fördern; Abbau von umweltschädlichen Subventionen und Steuerbefreiungen; Wirtschafts- und Forschungsförderung sozial- und umweltgerecht ausrichten; strenge Kriterien bei der Zulassung und Registrierung von chemischen Stoffen; Ablehnung der Abfallverbrennung als Regelverfahren, stattdessen Vorrang für alternative Verfahren wie die mechanisch-biologische Abfallbehandlung; Standards für existierende Verbrennungsanlagen unverzüglich auf den Stand der Technik und Wissenschaft anheben; Verbot des grenzüberschreitenden Exports von Abfällen;

■ umweltgerechte und barrierefreie Mobilität für alle: massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs; dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene auf mindestens 2,5 Milliarden Euro pro Jahr; Regionalisierungsmittel erhöhen; Personenfernverkehr auf der Schiene durch ein Fernverkehrs-Gesetz sichern und ausweiten; Mehrwertsteuer für den Schienenpersonenfernverkehr auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent senken; flächendeckende Einführung von Sozialtickets und einer Sozial-Bahncard für einkommensschwache Haushalte; Fahrradmitnahme in ICE-Zügen; Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen; Rücknahme der bürgerfeindlichen Beschleunigungsgesetze für die Verkehrswegeplanung; Reform der Bundesverkehrswegeplanung;

keine neuen Autobahnprojekte, keine Privatisierung des Straßennetzes und seiner Pflege; Ausbau der Verkehrssicherheitsstruktur; Verbesserung der Lenk- und Ruhezeiten für LKW-Fahrer; Einführung von Monster-LKW (Gigaliner) verbieten; Verlängerung der Ende 2009 auslaufenden steuerlichen Förderung des Einbaus von Rußfiltern in PKW; Subventionierung von Flughäfen beenden; Kerosinsteuer und Flugticketabgabe einführen; Nachtflugverbote durchsetzen; Lärm-schutz erhöhen und Belastung mit Feinstaub minimieren;

■ Natur bewahren und nachhaltig nutzen: Ausweisung und Vernetzung von Schutzgebieten vorantreiben; auf den völkerrechtlich bindenden Schutz der großen verbliebenen Naturräume des Planeten (Arktis, Antarktis, Weltmeere, Regen- und boreale Wälder u. a.) vor weiterer Ausbeutung hinwirken; Stopp der Privatisierung von Naturschutzflächen (Ausnahme: Umwelt- und Naturschutzverbände); Flächenverbrauch drastisch reduzieren – Böden entsiegeln; unzerschnittene, verkehrssarme Landschaftsräume erhöhen; Ausweitung der Hochwasser-Rückhalteflächen; Moorschutz ausbauen, umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte für Bürgerinnen und Bürger sowie Umwelt- und Naturschutzverbände; generelles Verbot von Tierversuchen, die nur in besonderen Ausnahmefällen durchgeführt werden dürfen – alternative Testmethoden müssen energischer erforscht werden; Umweltbildung stärken durch kurzfristige Umsetzung der Ziele der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« in allen Bildungsbereichen, u. a. durch Finanzierung von Programmen und Projekten.

2.4. Demokratisierung der Demokratie

»Eine konsequente Demokratisierung aller Lebensbereiche ist die einzige Möglichkeit, ein demokratisches System lebendig zu halten.«

Oskar Negt, 2008

Politische Freiheit und Gleichheit sind Grundbedingungen einer Demokratie. DIE LINKE steht in der Tradition der Aufklärung, der Deklaration der Menschenrechte und der Französischen Revolution. Freiheit, Gleichheit, Solidarität – für die demokratische und soziale Emanzipation streiten die Arbeiterbewegung und andere gesellschaftliche Kräfte seit über 200 Jahren. Zum demokratischen Versprechen zählt die gegenseitige Anerkennung aller als Gleiche: Jede Stimme zählt gleich viel, und immer besteht die Chance auf Veränderung einer einmal entstandenen Mehrheit.

Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen und Abstimmungen. Zur Demokratie gehört der aktive Schutz und Ausbau der Bürger- und Grundrechte. Wir setzen uns dafür ein, dass im Parlament und anderswo Gesetze und staatliches Handeln wieder an Grund- und Bürgerrechten gemessen werden. In den vergangenen Jahren sind die Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft enger geworden. DIE LINKE kritisiert seit langem, dass Unternehmen bezahlte Lobbyistinnen und Lobbyisten in Bundesministerien entsenden.

Demokratie ist mehr als ein formales Regelwerk. Sie muss Tag für Tag von Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden. DIE LINKE setzt sich daher für eine umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ein. Bürgerinnen und Bürger sollten die

Möglichkeit haben, auch einzelne, bedeutende Fragen der Regierungspolitik direkt mit beeinflussen zu können. Deshalb brauchen wir neue Verfahren der Bürgerbeteiligung.

Zur Demokratie gehört eine starke kommunale Selbstverwaltung. Wenn aber den Städten und Gemeinden das Geld fehlt, wird nur noch der Mangel verwaltet. Die Finanzmarktkrise und die wirtschaftliche Rezession verschärfen auch die kommunale Finanzlage. Für das Jahr 2009 prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände allein bei der Gewerbesteuer einen Rückgang um bis zu 18 Prozent. Die strukturelle Schiefelage der kommunalen Finanzausstattung im föderalen System muss jetzt endlich dauerhaft und nachhaltig überwunden werden. Seit vielen Jahren versprechen Bund und Länder eine Gemeindefinanzreform – passiert ist bislang nichts.

DIE LINKE fordert:

- keine Grund- und Freiheitsrechte einschränken und umfassende Transparenz und Kontrolle staatlichen Handelns herstellen: kostenfreien Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung sowie Transparenz bei allen Entscheidungen sichern;

- Wirtschaftsinteressen und Politik klar trennen: Abgeordnete dürfen nicht auf den Gehaltslisten von Wirtschaftsverbänden und Großbetrieben stehen, Parteien keine Spenden von Verbänden, Großbetrieben und ihren Eigentümerinnen und Eigentümern annehmen; ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen, Nutznießer der Lobbytätigkeit offenlegen, keine Lobbyistinnen und Lobbyisten in Bundesministerien beschäftigen, ihre Mitwirkung an der Erarbeitung von Gesetzentwürfen

für jede und jeden jederzeit erkennbar machen;

- Wahlrecht ausbauen: aktives und passives Wahlrecht für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben; das Wahlalter auf 16 Jahre absenken;

- direkte Demokratie stärken: Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen; obligatorische Volksabstimmungen bei wichtigen Änderungen des Grundgesetzes vorsehen;

- Petitionsrecht bürgernäher und transparenter gestalten: Sitzungen des Petitionsausschusses für Bürgerinnen und Bürger öffnen; die Bedeutung von Massen- und Sammelpetitionen stärken und das erforderliche Quorum für eine öffentliche Anhörung von 50 000 Unterschriften auf 20 000 herabsetzen;

- Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherstellen: eine Gemeindefinanzreform auf den Weg bringen; die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen bundes- und europarechtlich sichern; die kommunale Daseinsvorsorge gewährleisten;

- Anteile der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern neu ordnen: aus Bundesmitteln kommunale Investitionspauschalen an finanzschwache Kommunen in Ost und West zahlen.

2.5. Vielfältig und verlässlich – alle Lebensweisen stärken

»In Deutschland wächst die Kluft zwischen den Kindern, die gesund, abgesichert und gefördert aufwachsen, und solchen, deren Alltag durch Hoffnungslosigkeit, Mangel und Ausgrenzung geprägt ist.«

UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2008

Alle Menschen, die füreinander soziale Verantwortung übernehmen, brauchen gesellschaftliche Unterstützung. Ob Eheleute, Partnerschaften ohne Trauschein, homosexuelle Eltern, Alleinerziehende oder »Patchwork-Familien« – sie alle brauchen mehr Zeit, eine hochwertige, flächendeckend erreichbare Infrastruktur und gezielte soziale Leistungen.

CDU/CSU und SPD rühmen sich, viel für Kinder und Familien zu tun. Doch statt Verlässlichkeit zu stärken, werden seit vielen Jahren Sozialleistungen abgebaut. Solidarität und Verantwortung werden den Einzelnen überlassen. Kinderarmut in Deutschland hat erschreckende Ausmaße angenommen. Beruf und Familie lassen sich nur selten vereinbaren, insbesondere nicht für Frauen. Besonders in Westdeutschland mangelt es an öffentlichen Kinderbetreuungsangeboten. Durch das Elterngeld sind manche finanziell besser, aber eine Mehrheit ist schlechter gestellt worden.

Offiziell werden in unserer Gesellschaft alle Familienformen akzeptiert. Doch die Wirklichkeit sieht noch anders aus. Unser Steuersystem begünstigt mit dem »Ehegattensplitting« eine traditionelle Arbeitsteilung zwischen Ehepartnern, unabhängig davon,

ob sie Kinder haben. Alleinerziehend zu sein ist nach wie vor eines der größten Armutsrisiken – 43 Prozent der Alleinerziehenden sind auf Hartz IV angewiesen. Armut ist weiblich. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Insgesamt sind es gut 2,5 Millionen Kinder, die von zu niedrigen Hartz IV-Regelsätzen leben müssen.

DIE LINKE setzt sich für eine emanzipatorische und sozial gerechte Familienpolitik ein. Alle Bürgerinnen und Bürger – gleich welchen Alters – müssen ein Leben in Würde führen und sich optimal entwickeln können. Insbesondere die Rechte der Kinder auf volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit müssen ausgebaut werden. Familienpolitik und die Gleichstellung von Frauen und Männern müssen Hand in Hand gehen, Erwerbs- und Familienarbeit gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden.

DIE LINKE fordert:

- gebührenfreie, qualitativ hochwertige öffentliche Kinderbetreuung flächendeckend garantieren: Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr einführen; Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen flexibel gestalten;
- Elterngeld zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickeln: für Väter und Mütter einen nicht übertragbaren gleichen Anspruch auf jeweils zwölf, für Alleinerziehende auf 24 Monate schaffen; Inanspruchnahme in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes ermöglichen;
- höherer Regelsatz für Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach Hartz IV beziehen: den Regelsatz

sofort deutlich anheben; jungen Erwachsenen ab dem 18. Lebensjahr einen Anspruch auf eine eigene Haushaltsführung außerhalb des Elternhauses verschaffen; einen eigenständigen Mindestsicherungsanspruch für Kinder unter Berücksichtigung von eigenem Einkommen und Unterhaltsansprüchen einführen;

■ Kinderarmut dauerhaft verhindern: den bedarfsorientierten Kinderzuschlag und das Kindergeld sofort auf je 200 Euro erhöhen; beide Leistungen zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung zusammenführen und ausbauen; familienpolitische Leistungen für alle in Deutschland lebenden Kinder und Familien unabhängig von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus auszahlen;

■ finanzielle Situation von Alleinerziehenden erleichtern: Unterhaltsvorschussleistungen nicht beim Wohngeld anrechnen; die volle Anrechnung des Kindergeldes rückgängig machen und die zeitlichen Beschränkungen bei der Bezugsberechtigung abschaffen;

■ Menschen mit Pflege- und Assistenzbedarf unterstützen: für eine wirkliche Pflegereform hin zu einer humanen und solidarischen Pflegeabsicherung, die eine hinwendungsbezogene und ganzheitliche Pflege sowie die gesellschaftliche Teilhabe der auf Pflege und Assistenz angewiesenen Menschen gewährleistet;

■ Ehegattensplitting abschaffen: individuelle Besteuerung einführen; tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich fördern;

■ alle Familienformen gleichstellen: Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare einführen.

2.6. Mehr Einheit wagen

»Ein Jugendlicher, der aus Schwerin seinem Ausbeutungsverhältnis bis nach Bayern hinterher reisen muss, kann sich schwerlich frei fühlen.«

Matthias Wedel

Weite Teile Ostdeutschlands und eine wachsende Zahl von Landkreisen und Städten im Westen leiden unter besonderen regionalen Problemen. Massenhaft fehlen Arbeitsplätze, die Jüngeren wandern ab, Schulen schließen. Als einzige Partei unterstützt DIE LINKE das Ziel, für gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen zu sorgen. Auch nach zwei Jahrzehnten »Aufbau Ost« spüren die Menschen in den östlichen Bundesländern, dass grundlegende Probleme immer noch ungelöst sind. Landkarten, auf denen die Verteilung von Arbeitslosigkeit, Einkommen, Investitionen, Steuerkraft oder anderen wirtschaftlichen und sozialen Faktoren auf Länder und Landkreise in Deutschland sichtbar gemacht wird, bilden immer noch deutlich erkennbar die frühere Ost-West-Teilung ab.

Es fehlen dort rund zwei Millionen Arbeitsplätze. Die Kluft zwischen den wenigen aufsteigenden und den vielen strukturschwachen Regionen vertieft sich. Die Kommunen sind unterfinanziert. Der Abstand zur Entwicklung Westdeutschlands ist seit über zehn Jahren nicht geringer geworden. Die Gefahr der weiteren Abkopplung ist real. Aus diesen Gründen sind die wichtigsten Instrumente der Regionalpolitik auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Und deshalb gilt auch: Endlich muss im Verhältnis Ost/West gleicher Lohn für gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit gelten. Und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung. Zur Herstel-

lung der inneren Einheit gehört nicht zuletzt ein respektvoller Umgang mit den unterschiedlichen Biografien im Osten und im Westen Deutschlands. DIE LINKE setzt sich mit der Geschichte der DDR und der Bundesrepublik Deutschland kritisch auseinander. Beides gehört zur deutschen Geschichtsschreibung.

Ostdeutschland braucht eine Zukunftsperspektive. Der »Aufbau Ost« als »Nachbau West«, wie ihn alle anderen Parteien immer noch auf ihre Fahne geschrieben haben, ist gescheitert. Er scheiterte vor allem an der Selbstüberschätzung im Westen, nach dem Ende einer Epoche unverändert weitermachen zu können wie bisher. Er scheiterte an der Überheblichkeit eines Teils der westdeutschen Eliten, wonach ohne genaues Hinschauen feststand, dass in Ostdeutschland nichts war und ist, was auch für den Westen interessant gewesen wäre – außer Grund und Boden.

Die ostdeutsche Wirtschaft hat dann eine Chance, wenn gezielt das getan wird, was weltweit notwendig ist: auf erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz setzen, die entsprechenden Technologien und Produkte mit Macht vorantreiben. Ostdeutschland kann in diesen global anstehenden sozio-ökonomischen Umbrüchen vorangehen. Wenn der politische Wille da ist und wenn die Menschen vor Ort realistische Perspektiven gestalten können, kann Ostdeutschland zu einer sozial-ökologischen Modellregion werden.

DIE LINKE fordert für Ostdeutschland:

■ den Grundsatz »Gleiche Löhne und Gehälter bei gleicher Arbeitszeit und

gleicher Arbeit« verwirklichen; einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einführen;

■ Rentenungerechtigkeit beseitigen: die Rentenwerte Ost an West anpassen und die Hochwertung der Verdienste ostdeutscher Beschäftigter beibehalten, bis eine Angleichung bei Löhnen und Gehältern erfolgt ist; die Überführungslücken und -ungerechtigkeiten beseitigen;

■ Investitionszulage auf dem bis 2009 gültigen Niveau weiterführen;

■ die Solidarpakt-Mittel bis 2019 sichern und im Rahmen regionaler Leitbilder gezielt einsetzen;

■ Regionalplanung demokratisieren: die Rolle von Verbänden, Vereinen, anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern in der Regionalplanung stärken; regionale Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich verankern; Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus gestalten;

■ das öffentliche Bildungswesen erhalten, ausbauen und modernisieren und längeres gemeinsames Lernen organisieren;

■ die »Ausstattungsvorsprünge« Ostdeutschlands bei der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und der vielgliederten kulturellen Landschaft erhalten, zum Maßstab machen, auf den Westen übertragen und qualitativ ausbauen;

■ den in Ostdeutschland besonders ausgeprägten Niedriglohnsektor energisch bekämpfen: tarifliche Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe und Ausschreibungen fördern;

DIE LINKE fordert eine zukunfts-fähige Regionalpolitik in Ost und West:

- die »Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur« deutlich besser ausstatten und andere Ziele setzen: weg von einseitiger Exportorientierung hin zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe;
- in zukunfts-trächtige Ressourcen und Technologien investieren und entsprechende Forschung und Entwicklung gezielt fördern;
- Netzwerke zwischen den zukunfts-trächtigen Unternehmen, Hochschulen, Gewerkschaften und kleinen und mittleren Betrieben stärken;
- die Energieversorgung rekommunalisieren, weitgehend auf erneuerbare Energien umstellen und Landkreise und Kommunen fördern, die regionale Energieautonomie mit nichtfossilen Energieträgern verwirklichen wollen.
- flächendeckende ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen unter Nutzung der Erfahrungen mit Polikliniken und Gemeindegewerkschaften/Sozialstationen gewährleisten.

2.7. Soziale Sicherheit: Solidarität statt Privatisierung

»Es ist heilsam, daran erinnert zu werden, dass der Stärkste erlahmen und der Klügste irren kann.«
Mahatma Gandhi

SPD und Grüne und später CDU/CSU und SPD haben große Löcher in das soziale Netz gerissen. Viele Menschen fürchten Armut im Alter und den sozialen Absturz und sorgen sich, Gesundheits- und Pflegeleistungen nicht bezahlen zu können. Mit Hartz IV wurden Armut und Ausgrenzung zum Gesetz.

Das ist offensichtlich politisches Kalkül: Die millionenfache Angst vor Hartz IV erhöht die Möglichkeiten für Unternehmen, die Löhne zu senken.

Gegen Privatisierung und Armenfürsorge setzen wir auf starke öffentliche Solidarsysteme und deren verlässliche und gerechte Finanzierung. Alle Berufsgruppen sind einzubeziehen. Die Ausweitung der Systeme sozialer Sicherung bezieht schutzbedürftige Gruppen in das soziale Netz ebenso ein, wie sie die bisherige Privilegierung Wohlhabender beendet. Gute soziale Sicherung ist möglich und bezahlbar, wenn man den richtigen Weg wählt. Das gilt für die Rente ebenso wie für die Unterstützung bei Erwerbslosigkeit und für bezahlbaren Wohnraum. Dies gilt im Gesundheits- und Pflegebereich, in dem auch in einer alternden Gesellschaft alle medizinisch notwendigen Leistungen und eine humane Pflege gewährleistet werden müssen.

Durch unsere Reformvorschläge wollen wir Sicherheit für die Lebensplanung ermöglichen, den Lebensstandard verbessern und zu einem nachhaltigen Abbau von Armut und sozialer Ausgrenzung beitragen.

Gute Arbeit und eine gerechte Finanzierung sind die Voraussetzungen für einen guten Sozialstaat. Wer gute Arbeit hat, kann ausreichende Ansprüche auf soziale Sicherungsleistungen aufbauen. Wenn gute Arbeit und Löhne wachsen und nicht Minijobs, Ein-Euro-Jobs und prekäre Arbeit, haben die Sozialkassen mehr Geld zur Verfügung. Wenn Arbeitgeber paritätisch und Besserverdienende ohne Beitragsbemessungsgrenze an der Finanzierung der sozialen Sicherung beteiligt sind, können gute Leistungen und sozialer Ausgleich bezahlt werden.

Dem Sozialstaat drohen angesichts der Wirtschaftskrise Einnahmeausfälle und zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe. Viele Menschen befürchten, dass Union, SPD, Grüne und FDP ihnen nicht die Wahrheit sagen und nach der Wahl bei allen sozialen Leistungen kürzen.

DIE LINKE garantiert: Mit uns wird es nach der Wahl keinerlei Kürzungen der Sozialleistungen und keine Belastung von Sozialversicherten geben. Wir fordern alle anderen Parteien auf, mit uns in einem überparteilichen Pakt eine Sozialstaatsgarantie durchzusetzen.

Gute Rente

Anhaltende Massenerwerbslosigkeit, die Ausweitung prekärer Arbeit und sinkende Löhne führen bei immer mehr Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in ihrer Erwerbsbiografie und damit zu fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung. Hinzu kommen niedrigere Beiträge aufgrund niedrigerer Löhne. Die sogenannten Rentenreformen, erst von Union und FDP, dann von SPD und Grünen, senkten zudem das Niveau der gesetzlichen Rente erheblich. Die Versicherten sollen diese Kürzungen ohne Beiträge der Unternehmen durch mehr private Vorsorge (»Riestern«) ausgleichen. Doch wer erwerbslos ist oder wenig verdient, hat nicht einmal dazu eine wirkliche Chance. Die von der SPD/CDU beschlossene Rente erst ab 67 Jahre ist nicht nur eine Rentenkürzung um zwei Jahre, sondern sie wird für die meisten eine weitere Rentenkürzung nach sich ziehen, da nur Wenige bis zu diesem Renteneintritt arbeiten können und dann Abschläge auf ihre Rente hinnehmen müssen. So potenziert sich das Risiko von Altersarmut.

Die Rentenreformen der vergangenen Jahre haben zu einer Teilprivatisierung der Alterssicherung geführt, die vor allem Versicherungskonzernen und Unternehmen nützt. Für die Versicherten steigen die finanziellen Belastungen und Risiken. Im Gegensatz zur gesetzlichen Rentenversicherung sind die privat angelegten Gelder zur Alterssicherung auch vor einer Finanzkrise nicht gesichert. Das Ziel der Lebensstandardsicherung für die Rentnerinnen und Rentner wurde ausdrücklich aufgegeben.

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik:

- das öffentliche Solidarsystem der gesetzlichen Rente stärken: den Lebensstandard im Alter sichern und langjährigen Beitragszahlerinnen und -zahlern eine Rente deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus bieten; sämtliche Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel streichen, damit die Rente wieder der Lohnentwicklung folgt;
- die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung umbauen: Selbstständige, Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker einbeziehen; die Beitragsbemessungsgrenze aufheben, die damit verbundene Rentenerhöhung abflachen und den Spielraum für eine solidarische Umverteilung vergrößern; auf dieser Basis die staatliche Unterstützung der privaten Vorsorge einstellen, die erworbenen Ansprüche und die staatlichen Fördermittel überführen;
- Solidarausgleich in der gesetzlichen Rente stärken: Zeiten von Erwerbslosigkeit, Kinderbetreuung – auch vor 1992 – Pflege und niedrigen Löhnen

aufwerten, um Altersarmut zu verhindern; eine eigenständige Alterssicherung für Frauen unterstützen;

- Renteneintrittsalter senken: die Rente erst ab 67 wieder abschaffen und flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr schaffen; die Förderung der Alters-Teilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit fortsetzen und einen erleichterten und abschlagsfreien Zugang zu Erwerbsminderungsrenten eröffnen; Berufsunfähigkeitsrente wieder einführen;

- Armut im Alter verhindern: kein Mensch darf im Rentenalter weniger als 800 Euro im Monat zum Leben haben;

- die Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West beseitigen.

Gesundheit und Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung

Gesundheit ist keine Ware. Eine vorrangig an den Interessen der Pharmaindustrie ausgerichtete Gesundheitspolitik verhinderte eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig von Einkommen, Bildung und sozialem Status. Gesundheit ist ein individuelles Grundrecht und muss für alle in einem System der öffentlichen Daseinsvorsorge erreichbar sein.

Die Umstrukturierungen im Gesundheitssystem zielten seit den 1990er Jahren darauf ab, es vermehrt privaten Anbietern und den Kapitalmärkten zu öffnen, an den Wettbewerbsinteressen der Wirtschaft auszurichten und Umverteilung zu Lasten der gesetzlich Krankenversicherten zu betreiben. Dieser Weg wird auch mit dem Gesundheitsfonds beschritten.

Auch hier gilt wieder: Die Versicherten werden zusätzlich belastet, die Unternehmen entlastet. Der finanzielle Druck auf Ärztinnen und Ärzte und Krankenhäuser bleibt bestehen, und damit die Unsicherheit bei den Patientinnen und Patienten, ob sie die medizinisch notwendige Versorgung erhalten. Seelische und soziale Probleme werden als Bedingungen für Erkrankung in diesem System zu wenig berücksichtigt.

Wir haben das Ziel, die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die Gesetzliche Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung zu entwickeln und auf einer neuen Basis auszubauen. Es geht darum, die Finanzierung sowie den versicherten Personenkreis und damit die Einnahmehbasis auszuweiten. So wird gesamtgesellschaftliche Solidarität auf einer stabilen Finanzierungsbasis erreicht.

DIE LINKE fordert:

- die gesetzliche Krankenversicherung und Pflegeversicherung so gestalten, dass alle Berufsgruppen und Einkommensarten in die Finanzierung einbezogen werden; die Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze aufheben und den Sonderbeitrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner wieder abschaffen; die finanziellen Anreize im Gesundheitswesen so ändern, dass Gesunderhaltung und Heilung lohnender sind als Umsatzsteigerung durch möglichst hohe »Fallzahlen«;

- den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung wieder am medizinischen Bedarf ausrichten: unbeschränkter Zugang für alle, Abschaffung aller Zuzahlungen,

einschließlich der Praxisgebühr; Anspruch auf Brillen und Zahnersatz wieder einführen;

■ Patienteninteressen in den Mittelpunkt stellen: Effektivität und Qualität nicht der Wirtschaftlichkeit unterordnen, Medikamente durch die Einführung einer Positivliste mit festen Preisen bezahlbar machen, die Mehrwertsteuer für Arzneimittel auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent senken; die Rechte von Patienten und Pflegebedürftigen ausbauen und stärken; die Forschung am medizinischen Bedarf orientieren;

■ die elektronische Gesundheitskarte nicht einführen, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung schützen: mit einem Verzicht den Zugriff von Gesundheitsdienstleistern, Pharmafirmen und vor allem Arbeitgebern auf eine elektronische Krankenakte langfristig ausschließen, den kranken Menschen statt den gläsernen Patienten in den Mittelpunkt solidarischer Gesundheitspolitik stellen;

■ die bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung für alle sicherstellen: die Privatisierung von Krankenhäusern und medizinischen Versorgungszentren stoppen beziehungsweise rückgängig machen; für alle freigemeinnützigen Unternehmen, denen öffentliche Dienstleistungen übertragen werden, die gleichen Tarife wie für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst zur Voraussetzung machen; die staatliche Krankenhausplanung und -finanzierung erhalten; dem Mangel an Ärztinnen und Ärzten und Pflegefachkräften in ambulanten und stationären Einrichtungen insbesondere in ländlichen Regionen durch planmäßige Nachwuchsförderung, gute Bezahlung sowie eine enge Vernetzung ambulanter

und stationärer Einrichtungen (Polikliniken), durch Schaffung von Gemeindeschwesterstationen beziehungsweise kommunalen Sozialstationen und durch gezielte Förderung unterversorgter Gebiete entgegensteuern;

■ Gesundheitsförderung konsequent betreiben: Gesundheitsförderung schon bei der Schwangerenbetreuung beginnen und im Kinder- und Jugendalter unter Einbeziehung der Bildungseinrichtungen fortführen; ein Präventionsgesetz einführen, um das Auftreten von Krankheiten möglichst zu verhindern beziehungsweise sie frühzeitig zu erkennen und zu behandeln; kommunale Gesundheitsdienste ausbauen;

■ Pflegenotstand beseitigen: die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegesystem besser qualifizieren und tariflich bezahlen, die Pflegesätze den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen anpassen, die stationäre Versorgung von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern verbessern; einheitliche Personalschlüssel entwickeln, die ganzheitliche Pflege ermöglichen, Angehörige und Pflegenden beraten und finanziell und sozialrechtlich besserstellen.

Erwerbslosigkeit verhindern, Arbeitslosenversicherung stärken, Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten, Hartz IV abschaffen, Mindestsicherung einführen

Erwerbslosigkeit ist nicht nur ein konjunkturelles, sondern auch ein strukturelles Problem. Es muss durch eine nachhaltige öffentliche Investitionspolitik, durch eine sozialökologische Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, durch Schaffung guter Arbeit und durch Beschäftigungs

politik gelöst werden. Den Niedriglohnsektor auszuweiten und den Druck auf Erwerbslose zu erhöhen, wie mit der Agenda 2010 geschehen, gehört zu den schwerwiegenden Folgen der Schröder-Fischer-Politik. Die Spaltung der Erwerbslosen in noch »aussichtsreiche« Arbeitssuchende im ALG I und in »arbeitsmarktferne« Almosenempfängerinnen und -empfänger im sogenannten Fürsorgesystem des ALG II muss überwunden werden. Die massive Senkung der Beitragssätze in der Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent war ein Milliardengeschenk an die Unternehmerinnen und Unternehmer. Langzeiterwerbslose haben wie alle Arbeitssuchenden Anspruch auf eine gute Beratung und Unterstützung bei ihrer Arbeitsplatzsuche.

DIE LINKE fordert:

- den Schutz durch die Arbeitslosenversicherung verbessern: Kurzarbeitergeld in der Krise verlängern und ausweiten, Erstattungspflichten für Unternehmen nach der Krise erhöhen, die Einrichtung von Auffang- und Beschäftigungsgesellschaften erleichtern, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängern;

- die aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen: die Weiterbildung stärken, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen schaffen und die Ansprüche auf Förderung als eine Versicherungsleistung verankern;

- die Zumutbarkeit von Arbeit für ALG I-Beziehende an neue Bedingungen knüpfen: existenzsicherndes Einkommen schaffen; die berufliche Qualifikation in Wert stellen, am vorherigen Verdienst orientieren,

die Ansprüche an Flexibilität und Pendelzeiten senken, die politische und religiöse Gewissensfreiheit achten, freiwillige Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen gewähren;

- Hartz IV abschaffen und damit die schädlichen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt beseitigen: alle Erwerbslosen gleich behandeln; den gleichen Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Integrationsleistungen herstellen und alle Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse umwandeln;

- Hartz IV durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen, die Armut tatsächlich verhindert und die die Bürgerrechte der Betroffenen achtet:

- Anspruch für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen, die über kein ausreichendes Einkommen und Vermögen verfügen, um ihren Mindestbedarf zu decken;

- DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Sozialverbände im »Bündnis soziales Deutschland« für eine sofortige Anhebung der Regelsätze für Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger. Wir fordern für die nächste Wahlperiode die Anhebung auf 500 Euro. Danach soll der Regelsatz Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wachsen, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Perspektivisch setzen wir auf die Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung;

- nachweisbare Sonderbedarfe werden zusätzlich übernommen;

- das Kindergeld ist anrechnungsfrei;

- Abschaffung des Sanktionsparagrafen 31 im SGB II;

- angemessene Wohnkosten in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen ersetzen (Maßstab Wohnfläche: Kriterien sozialer Wohnungsbau, Maßstab Miete: Mittelwert der ortsüblichen Vergleichsmiete, Bruttowarmmiete); ein Umzug – frühestens nach einem Jahr Übergangsfrist – ist unzumutbar, wenn er eine soziale Härte darstellt oder die Kommune keine angemessene Ersatzwohnung nachweisen kann;
- die Schnüffelpraxis der Wohnungsbesuche einstellen;
- die U25-Regelung ersatzlos streichen;
- die Bedarfsgemeinschaft abschaffen, das Individualprinzip auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltungsverpflichtungen einführen;
- die Vermögensfreigrenzen auf 20 000 Euro pro Person heraufsetzen und das Schonvermögen für die Altersvorsorge auf 700 Euro pro Lebensjahr anheben;
- das Rückgriffsrecht des Staates gegenüber den Erben von Grundsicherungsbezieherinnen und -beziehern (§ 35 SGB II) abschaffen.

Bezahlbaren Wohnraum sichern

Während einkommensstarke Haushalte nur 13 bis 14 Prozent ihres Einkommens für die Wohnkosten aufwenden, steigt dieser Wert bei Haushalten mit mittleren Einkommen auf 26 bis 29 Prozent und bei einkommensschwachen auf bis zu 50 Prozent. Die Zahl der überschuldeten Haushalte nimmt zu. Mietschulden sind daran wesentlich beteiligt. Vor allem steigen die Wohnnebenkosten für Wasser und Abwasser, Strom und Abfallentsorgung. Die Kosten für Heizung und Warmwasser (Öl und Gas) sind in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Trotzdem sieht die Bundesregierung

keine Notwendigkeit, das Wohngeld weiter anzupassen.

Der massenhafte Ausverkauf öffentlicher, bisher relativ preiswerter Wohnungsbestände schreitet voran. Das in Jahrzehnten erworbene und bis dato der sozialen Wohnungsversorgung dienende öffentliche Wohnungsbauvermögen wird zunehmend der Finanzwirtschaft übereignet, die durch Steuerabschreibungen und erwartete Renditen aus der Vermietung auf satte Profite spekuliert.

DIE LINKE will die Wohnungspolitik grundlegend erneuern:

- das Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung muss ins Grundgesetz: Wohnungslosigkeit muss überwunden werden; das Wohngeld bedarfsgerecht erhöhen;
- Ausverkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen beenden: Rekommunalisierung fördern; kommunale Unternehmen von Altschulden entlasten; genossenschaftliches Eigentum an Wohnungen stärken;
- Mittel für den Sozialen Wohnungsbau erhöhen: diese Mittel ausschließlich für den Mietwohnungsbau, den barrierefreien Umbau oder die energetische Sanierung der Bestände verwenden; eine sozial ausgewogene Verteilung der Wohnungsbestände im Stadtgebiet anstreben;
- Mieterhöhungen begrenzen: verbindliche Mietspiegel bundesweit einführen; Mieterhöhungen bei Neu- und Wiedervermietung ohne Wohnwertverbesserung ausschließen;
- Betriebskosten senken: Wärmedämmung und moderne Heiz- und Energiesysteme fördern; Betriebs- und Heizkostenspiegel bundesweit verbindlich einführen;

■ Stadtumbau sozial und ökologisch gestalten: für eine Stadt der kurzen Wege – barrierefrei, familienfreundlich und altersgerecht.

2.8. Niemanden ausgrenzen – Politik sozialer Gleichstellung

»Wenn wir Menschlichkeit wollen, müssen wir menschliche Verhältnisse schaffen.«

Bertolt Brecht

Soziale Ausgrenzung ist häufig Folge von Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Trennung, Verlust familiärer Bindungen, chronischen Erkrankungen. Sie wird oft durch Diskriminierungen gegenüber Frauen und Minderheiten wie Menschen mit Behinderungen verstärkt. Mit Hartz IV wurden die Lösungsangebote für Menschen in schwierigen Lebenslagen der einseitigen Fixierung auf die Erwerbsfähigkeit zu Lasten einer ganzheitlichen Beratung und Betreuung untergeordnet. Es ist ein gesellschaftliches Klima entstanden, in dem der Generalverdacht der Abzocke regiert und das Prinzip verlassen wurde, dass alle Menschen Bürgerrechte genießen. Datenschutz, Freizügigkeit und Persönlichkeitsschutz wurden mit Hartz IV geschleift.

Menschen in prekären Lebenslagen benötigen umfassende und zielgenaue Hilfe. Entscheidend ist, dass die psycho-sozialen Beratungsangebote und Sozialdienste erreichbar sind und fachübergreifend zusammenarbeiten. Prävention gegen Ausgrenzung ist die beste und preiswerteste Sozialhilfe. Menschen sind weder Kostenfaktoren noch illegal. Sie kommen nicht als Käuferinnen und Käufer auf die Welt. Sie sind keine Ware, die sich auf Unternehmerinnen und Unternehmer

der eigenen Arbeitskraft reduzieren lassen. Linke Politik tritt dafür ein, dass alle Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Behinderung, Religion und Weltanschauung, Gesundheitszustand oder sexueller Orientierung – ein selbstbestimmtes Leben führen können.

DIE LINKE orientiert sich am »Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte behinderter Menschen«, das von Deutschland im Dezember 2008 ratifiziert wurde. Quer durch alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche ziehen sich unsere Forderungen nach Chancengleichheit, Barrierebeseitigung und dem diskriminierungsfreien Ausgleich. Wir setzen uns für den Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderungen ein. Arbeitsplätze in Behindertenwerkstätten sind geschützte Arbeitsplätze. Diese dürfen in Zukunft nicht mehr als Fließbandarbeitsplatz zur Fertigung von Gütern unter Akkordbedingungen bei einer Zahlung von Dumpinglöhnen missbraucht werden. Verstärkte individuelle Förderung und die Integration im ersten Arbeitsmarkt – wenn notwendig mit Unterstützung eines Integrationshelfers – müssen das Ziel sein.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Erkenntnis wird häufig nur unter dem Aspekt der Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt akzeptiert. Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind Instrumente einer menschenverachtenden, selektiven Einwanderungspolitik. Wir wollen die Rechte und Chancen der Migrantinnen und Migranten stärken. Der Familiennachzug muss sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten

Grades möglich sein. Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Es muss sichergestellt werden, dass das Grundrecht auf Asyl wahrgenommen werden kann. DIE LINKE setzt sich für das aktive und passive Wahlrecht für jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sowie für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die Einbürgerung muss wieder erleichtert werden. Doppelte Staatsbürgerschaften sollten grundsätzlich möglich sein.

Sport kann kulturelle Verständigung und den Abbau von Vorurteilen bewirken. Deshalb ist eine Teilhabe aller zu ermöglichen. Frauen, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten sind besonders zu fördern. Spitzen- und Breitensport sind gemeinsam im Schul-, Freizeit- und Vereinssport auszubauen.

DIE LINKE fordert zur Sicherung sozialer Gleichstellung:

- Repressionspolitik mit der Abschaffung der Hartz IV-Gesetze beenden: Beratungs-, Betreuungs- und Vermittlungsarbeit auf die Lebenslage Erwerbssuchender ausrichten und mit sozialen und gesundheitlichen Beratungsangeboten abgleichen;
- ganzheitlichen Beratungsansatz durch mehr Angebote stärken: Menschen in schwierigen Lebenslagen wie Überschuldung, Sucht, Wohnungslosigkeit und anderes durch ein enges Netz unabhängiger örtlicher Beratung stärken;

- soziale Gleichstellung in unterschiedlichen öffentlichen Räumen und Formen sicherstellen: Nachbarschaftstreffs, Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen, niedrigschwellige und strukturierende Kulturangebote in kommunalen Räumen unterstützen;

- soziale Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten beenden: Migrationspolitik nach arbeitsmarktlichen Nützlichkeitskriterien beenden; Familiennachzug für Kinder und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerinnen und -partner ermöglichen; keine Abschiebung von Menschen aus Kriegsgebieten und politisch Verfolgter; aktives und passives Wahlrecht gewähren; Einbürgerung erleichtern; doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen;

- Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen sichern: Barrierebeseitigung und diskriminierungsfreien Ausgleich umfassend herstellen, den Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderungen anerkennen und fördern; Teilhabe am Arbeitsleben und berufliche Rehabilitation sichern;

- gleichberechtigte Teilhabe aller an sportlicher Betätigung sichern; Breiten- und manipulationsfreien Spitzensport fördern.

2.9. Für eine sozial gerechte Steuerreform

*»Wer reich war, schonte seine Kräfte
Und wurde reicher durch Geschäfte;
Verdammt zur Sense und zum Spaten
Und Mühsal waren, die nichts hatten.«*
**Bernard Mandeville,
Die Bienenfabel, 1705**

DIE LINKE fordert ein verteilungsgerechtes Steuersystem, das kleine und mittlere Einkommensbezieher entlastet und Vermögende und

steuerlich Leistungsfähige stärker belastet. So muss das Steueraufkommen dauerhaft und sozial gerecht erheblich erhöht werden, um die Kosten der Krise, eines sozial-ökologischen Umbaus und des Ausbaus des Sozialstaats zu finanzieren.

Die Steuern für Best- und Besserverdienende und große Unternehmen wurden in den vergangenen zehn Jahren massiv gesenkt. Heute zahlt dank der damaligen Koalition von SPD und Grünen ein Einkommensmillionär jährlich über 100 000 Euro weniger Steuern als Ende der 1990er Jahre. Noch deutlicher ist die Körperschaftsteuer gefallen, die bei Aktiengesellschaften (AG) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) erhoben wird. Allein dadurch kam es von 2001 bis 2008 zu Steuerausfällen in einer Gesamtsumme von über 100 Milliarden Euro gegenüber dem Stand Ende der 1990er Jahre. Den Staat finanzieren mittlerweile vor allem die abhängig Beschäftigten. Rund drei Viertel des Steueraufkommens werden durch die Lohn-, Umsatz- und Verbrauchsteuern aufgebracht. Im internationalen Vergleich sind die auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen erhobenen Steuern viel zu gering.

Die Große Koalition setzte die von SPD und Grünen begonnene Fehlentwicklung fort. So wurde die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent angehoben, die Entfernungspauschale grundgesetzwidrig zurückgestutzt und gleichzeitig erneut die Steuer für Kapitalgesellschaften gesenkt.

DIE LINKE fordert, die Umverteilung von unten nach oben zu beenden und umzukehren:

■ die Einkommensteuer sozial und gerecht reformieren: Besteuerung nach

der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zum Grundprinzip machen; das Steuerrecht einfach und transparent gestalten; Personen und Familien mit niedrigen und durchschnittlichen Einkommen entlasten und Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen stärker heranziehen;

- den Grundfreibetrag auf 9300 Euro erhöhen, sodass mehr als 12 000 Euro brutto im Jahr steuerfrei bleiben;

- Kapitalerträge wie Zinsen und Dividenden zum persönlichen Steuersatz versteuern statt mit einer Pauschalsteuer von 25 Prozent;

- den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anheben;

- die Steuerbelastung bis zum Spitzensteuersatz von 53 Prozent linear ansteigen lassen (Eintrittspunkt 65 000 Euro); dieser Tarifverlauf führt dazu, dass diejenigen, die weniger als 70 245 Euro im Jahr zu versteuern haben, entlastet werden; diejenigen, die mehr haben, werden belastet;

- das Ehegattensplitting abschaffen: individuelle Besteuerung einführen, tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich fördern;

- den steuerlichen Betriebsausgabenabzug für Geschäftsführungs-, Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen auf das 20fache des Lohnes eines Facharbeiters bei Vollzeitbeschäftigung in der untersten Lohngruppe begrenzen;

■ die Pendlerpauschale neu regeln: die Fahrtkosten unabhängig vom Verkehrsmittel anerkennen, auszahlen und mit dem Einkommen versteuern, damit niedrige Einkommen nicht länger benachteiligt werden;

- eine höhere Erbschaftssteuer realisieren: den Erbberechtigten einen einheitlichen Freibetrag in Höhe von 150 000 Euro gewähren; für Erbinnen und Erben, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, für Kinder, hinterbliebene Ehegatten und für eine vom Vererbenden benannte Person (beispielsweise Lebenspartnerin oder Lebenspartner) diesen Freibetrag verdoppeln; bei Betriebsvermögen nur das Anlagevermögen zur Berechnung der Steuer heranziehen;
- die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen: Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent besteuern;
- die Finanzmärkte regulieren: eine Börsenumsatzsteuer einführen; Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne aus

Wertpapieren unabhängig von der Haltedauer zusammen mit anderen Einkünften zum persönlichen Einkommenssteuersatz versteuern, den Sparerfreibetrag beibehalten und Steueroasen austrocknen;

- die Senkung der Körperschaftsteuer von 25 Prozent auf 15 Prozent zurücknehmen und die Bemessungsgrundlage verbreitern;
- den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent ausweiten auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks sowie Hotellerie und Gastronomie; für kleine Unternehmen und Selbstständige regeln, dass bei einer Rechnung die Umsatzsteuer erst nach dem Zahlungseingang abzuführen ist.

3. Für eine gerechte zukunfts offene Gesellschaft

»Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.«
Willy Brandt

»Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Mit diesem Satz beginnt das Grundgesetz. Zur Würde des Menschen gehört die Souveränität über das eigene Leben, jetzt und in Zukunft. Wer von der Not getrieben ist, wird seiner Würde beraubt. Um Lebenssinn zu finden, brauchen wir Zukunftsgewissheit. Frauen und Männer wollen die Zeit für Arbeit und Familie, für Bildung, Kultur und Erholung souverän einteilen. Millionen Menschen aber können

das nicht mehr, weil sie am Existenzminimum leben, keine Arbeit haben oder nur unsichere Jobs. Die Gesellschaft driftet auseinander. Sozialer Aufstieg durch Bildung – dieses Versprechen früherer Jahrzehnte ist auf der Strecke geblieben.

Zu einem Einstieg in eine andere Gesellschaft gehört die Neu- und Umbewertung von Arbeit, damit alle Menschen in den vier Bereichen tätig sein können, auf die eine Gesellschaft angewiesen ist und deren Vielfalt unser Leben reicher macht. Das sind Arbeiten in Beruf und Erwerb, in Familie und Partnerschaft, Arbeit an sich selbst sowie Teilnahme am kulturellen, politischen und sozialen

Leben. Bei radikaler Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit müssen diese Arbeiten und diese Chancen, das gesellschaftliche Leben mitzugestalten, gleich verteilt sein, nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern.

Armut und fehlende Zukunftsgewissheit sind kein individuelles, sondern ein politisches Versagen. Um die Ursachen der sozialen Spaltung zu überwinden, um Gerechtigkeit als Fundament der Demokratie zu stärken, müssen alle Menschen das Recht und die Chance haben, die Zukunft mitzugestalten.

Um zu entscheiden, wie wir morgen leben wollen, benötigen wir die Chance auf interkulturelle Erfahrungen, Gleichstellung und Toleranz. Wir brauchen den Zugang zu Wissenschafts- und Medienlandschaften, die der Öffentlichkeit und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Mit besserer Bildung für alle, mit einer ökologisch ausgerichteten Forschungspolitik, mit moderner Regionalpolitik, einem neuen Leitbild für den Osten und einer Weiterentwicklung der öffentlichen Infrastrukturen werden Weichen für die Zukunft gestellt, für die kommenden vier Jahre und darüber hinaus.

3.1. Das gesellschaftliche Rückgrat – die öffentliche Daseinsvorsorge

»Tatsächlich gilt: Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, dass diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn – mehr oder minder unbemerkt – zu einem Selbstbedienungsladen machen. In der Unfähigkeit, dies zu erkennen,

liegt die fundamentale Naivität des neoliberalen Denkens.«

**Colin Crouch,
Postdemokratie, 2008**

Den Staat zu verdammen und den Markt als Heilsbringer zu preisen, galt jahrelang als der Weisheit letzter Schluss. Entsprechend haben die Regierungen Schröder und Merkel öffentliche Dienstleistungen erheblich gekürzt und öffentliche Unternehmen privatisiert. Bundesweit wurden in den vergangenen Jahren so 150 000 Stellen gestrichen, davon allein 50 000 Pflegestellen in Krankenhäusern und 10 000 Stellen in der Jugendarbeit.

Hinzu kommt, dass wichtige Bereiche wie Müllabfuhr, Wasser- und Energieversorgung oder Nahverkehr wegen der schlechten finanziellen Ausstattung der Kommunen privatisiert wurden. Billiger, besser und näher an der Kundschaft – mit diesen Verheißungen wurden jahrelang Stadtwerke, Krankenhäuser, Wasserbetriebe, Müllabfuhr, Verkehrsunternehmen und viele andere öffentliche Dienstleistungen an private Investoren verkauft. Hunderte Städte, Gemeinden und Landkreise haben den Versprechen geglaubt oder keinen anderen Ausweg gesehen, um ihre Haushalte zu stützen.

Mittlerweile ist bekannt, was von den Ankündigungen zu halten ist. Höhere Preise und Gebühren, schlechterer Service, rücksichtlose Ausnutzung von Angebotsmonopolen, mangelhafte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, weniger demokratische Kontrolle und geringere Einnahmen für die kommunalen Haushalte – das ist in vielen Orten in Deutschland und Europa die bittere Realität. Dass es auch anders geht, demonstriert eine wachsende Zahl von

Kommunen. Sie nehmen wichtige Ver- und Entsorgungsbetriebe wieder in die eigene Verantwortung.

Die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sind in doppeltem Sinn notwendig. Sie decken den elementaren Bedarf an Dienstleistungen und gewährleisten gleiche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Basis einer gerechten Gesellschaft – der gleiche Zugang für alle zu den grundlegenden Gütern vom Wasser bis zur Bildung – wird durch Privatisierungen zerstört. Dort, wo die Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund, sondern das Streben nach Gewinn. Einen schwachen Staat und einen ausgedünnten öffentlichen Sektor können sich nur die Reichen leisten. Wer die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert, schwächt die Demokratie, weil die unterschiedliche Wahl von Personen und Parteien dann für die Daseinsvorsorge keine Folgen mehr hat. Wer dagegen eine gerechte Gesellschaft will, muss einen verlässlich und zeitgemäß ausgebauten öffentlichen Sektor garantieren. Mit der Vergabe öffentlicher Aufträge muss eine Unternehmenslogik befördert werden, die nicht einseitig gewinnorientiert ist, sondern Dienstleistungen für unterschiedliche Bedürfnisse in einer Stadt, einer Region entwickelt. Sie hat sich an Kriterien des fairen Handels, ökologischer Nachhaltigkeit, der Stärkung von Identität und sozialem Zusammenhalt einer Region zu beweisen und den Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen und Entlohnung zu sichern.

DIE LINKE fordert:

■ die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beenden, keine

PPP-Projekte (Public Private Partnership) eingehen: Schulen, Bürger- und Rathäuser u. a. m. in öffentlicher Verantwortung bauen und betreiben; die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Busse, Bahnen und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand oder gemeinnütziger Trägerschaft organisieren; den öffentlichen Dienst und die öffentlichen Unternehmen am gesellschaftlichen Bedarf orientieren und in diesem Sinne weiterentwickeln; privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge rekommunalisieren; PPP-Beschleunigungsgesetz zurücknehmen;

■ den Börsengang der Bahn endgültig stoppen; den öffentlichen Nah- und Fernverkehr barrierefrei ausbauen und stärker an den Bedürfnissen aller Nutzerinnen und Nutzer ausrichten; ein flächendeckendes Angebot als Alternative zum Individualverkehr durchsetzen; Preise sozialverträglich und familienfreundlich gestalten;

■ den öffentlichen Sektor ausbauen und bürgerinnen- und bürgerfreundlich modernisieren:

- die Aufgabenbereiche und die Arbeitsorganisation überprüfen; die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern transparent und ergebnisorientiert gestalten; elektronische Informationssysteme von Software-Monopolisten unabhängig machen;

- Beschäftigte umfassend weiterbilden: technologische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen gleichermaßen stärken;

- soziale Sicherheit und Mitspracherechte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes gewährleisten;

- in einem neuen Dienstrecht das Beamtentum auf die unmittelbaren Hoheitsbereiche staatlicher Tätigkeit beschränken.

3.2. Demokratische Bildungsreform – Bildung für alle von Anfang an

»Ich habe das Gefühl, dass sich das deutsche Bildungssystem nicht darauf konzentriert, alle einzubeziehen, sondern dass es eher Trennungen schafft.«

**Vernor Muñoz Villalobos,
UN-Sonderberichterstatter
und Bildungsexperte, 2006**

Deutschland steckt in der Bildungs-
krise. Dagegen regt sich berechtigter
Protest: Mit dem Bildungsstreik im Juni
dieses Jahres haben viele Schülerinnen,
Schüler, Auszubildende und Studieren-
de für grundlegende Bildungsreformen
demonstriert. DIE LINKE hat den
Bildungsstreik unterstützt und wird
weiter für einen bildungspolitischen
Richtungswechsel streiten.

Das Bildungswesen in Deutschland
gleicht soziale Unterschiede nicht
aus. Im Gegenteil: Mit der Schule
werden sie noch größer. Internationale
Vergleiche wie die PISA-Studie zeigen,
dass Grundkompetenzen wie Lesen
und Verstehen bei einem Teil der
Jugendlichen nur unzureichend ent-
wickelt sind. Die systematische Aus-
grenzung von sozial Benachteiligten,
Migrantinnen und Migranten, von
chronisch Kranken und Menschen
mit Behinderungen ist in Deutschland
so extrem wie in keinem anderen
europäischen Land. Die Zahl der Schul-
abbrecherinnen und -abbrecher steigt.
Es ist ein Skandal, dass es in Deutsch-
land nach wie vor rund vier Millionen
funktionale Analphabetinnen und
Analphabeten gibt. Wer die Schule

nicht erfolgreich absolviert, hat kaum
Chancen auf einen Ausbildungsplatz
und damit auf eine gute Berufs-
perspektive.

Bildung ist für DIE LINKE eine der
zentralen Voraussetzungen für
Selbstbestimmung und individuelle
Gestaltung des Lebens sowie für ein
verantwortungsvolles, solidarisches
Miteinander in einer demokratischen
Gesellschaft. Bildung eröffnet Wege
für die persönliche Entwicklung
eines Menschen und für berufliche
Perspektiven. Deshalb muss Bildung
allen Menschen frei und in gleichem
Maße zugänglich gemacht werden.

DIE LINKE kämpft für eine chancen-
gleiche Bildung von Anfang an. Dazu
gehören vielseitiges, praxisorientiertes
Wissen und Können, interkultureller
Austausch, systematische und den
Bildungsweg kontinuierlich beglei-
tende Förderung beider Sprachen
von zweisprachig aufwachsenden
Kindern, Umweltbewusstsein
und Sozialkompetenz, ästhetische
Erfahrung, ein humanistisches Gesell-
schafts- und Geschichtsverständnis,
Kritik- und Urteilsfähigkeit.

In allen Bundesländern dominieren
Schulformen, die Kinder frühzeitig
abhängen. Gemeinschaftsschulen,
die längeres gemeinsames Lernen
und individuelle Förderung verbinden,
sind immer noch die Ausnahme.
Einzelne Bundesländer haben mit
Studiengebühren die Bildung weiter
kommerzialisieren und neue soziale
und kulturelle Barrieren eingeführt.
Im kommenden Jahrzehnt droht
ernsthafter Lehrermangel; aktuell
fehlen 80 000 Fachkräfte für eine
gute frühkindliche Bildung.

Zu wenige junge Menschen schaffen
es bis zur Hochschulreife und beginnen

ein Studium; und davon schließen es zu viele nicht erfolgreich ab. Der Hochschulpakt von Bund und Ländern und der Ausbildungspakt der Bundesregierung sind ungeeignet, die anstehenden Probleme in den Griff zu bekommen. Den Sonntagsreden von CDU/CSU und SPD über die zukunftssträchtige Rolle von Bildung steht eine chronische Unterfinanzierung gegenüber. An diesem strukturellen Desaster ändern Konjunkturprogrammsspritzen für die bauliche Substanzerhaltung wenig.

Die eigenen Qualifikationen ein Leben lang weiterzuentwickeln, neue Tätigkeitsfelder zu erschließen und sich beruflich um- oder neu orientieren zu können – für viele Menschen bleibt all dies unerreichbar. Eine grundlegende demokratische Bildungsreform mit sozialer Ausrichtung ist überfällig. Ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem muss eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- das Recht auf Bildung im Grundgesetz verankern: berufliche Ausbildung und Gemeinschaftsaufgabe Bildung in dieses Recht einbeziehen;
- einen nationalen Bildungspakt auflegen: öffentliche Bildungsausgaben auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandprodukts erhöhen, darin bundesweite Förderprogramme für den Ausbau von Gemeinschafts- und Ganztagschulen; sozialpädagogische Unterstützung an jeder Schule; Bund-Länder-Programme für die Ausbildung von mehr Lehrerinnen und Lehrern sowie von Erzieherinnen und Erziehern einrichten;
- Bildungsberufe aufwerten: Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher

auf Hochschulniveau und den Master-Abschluss für alle Lehrerinnen und Lehrer einführen; gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung herstellen;

- Bildung von Anfang an fördern: den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kitas mit hoher Betreuungsqualität verbinden; Kita-Ausbau vorantreiben, um den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr auch für Kinder mit Behinderungen zu sichern;
- Länger gemeinsam lernen: Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 bundesweit mehrheitsfähig machen und als Regelschule etablieren; individuelle Förderung verankern, statt auf private Nachhilfe zu setzen; ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen; Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit sichern und Ausgrenzung beenden;
- Kita- und Studiengebühren abschaffen: die Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern; Schul- beziehungsweise Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung abschaffen; deswegen ist auch der im Wege der Föderalismusreform zum 31. Dezember 2007 erneuerte Art. 91b GG so zu ergänzen, dass auch die Arbeitsbasis für die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) wiederhergestellt wird;
- Mitbestimmungsrechte in Bildungseinrichtungen stärken: bundesweite Vertretungen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Studierenden mit allgemeinpolitischem Mandat durchsetzen;
- gute und umfassende Berufsausbildung sichern: Schmalspurausbildungen und Warteschleifen abschaffen; Betriebe in die Verantwortung nehmen; Berufsausbildung reformieren

und Qualität in den Mittelpunkt stellen; Mitbestimmungsrechte für außerbetriebliche Auszubildende stärken;

- Ausbildungsplatzumlage einführen: die Unternehmen an der Finanzierung der Berufsausbildung solidarisch beteiligen; ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot sicherstellen;

- offenen Studienzugang mit einem Hochschulzulassungsgesetz bundesweit ermöglichen: individuelle Auswahlverfahren abschaffen, die lernfeindlichen Restriktionen des Bachelor/Master-Systems überwinden und als ersten Schritt dorthin Zugangsbeschränkungen beim Übergang vom Bachelor zum Master ausschließen;

- BAföG zur elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und repressionsfreien Grundsicherung ausbauen; Schritt für Schritt Elternunabhängigkeit ausbauen, die Höchstdauer der Zahlung an die durchschnittliche Studienzzeit anpassen;

- mit einem »Studienpakt II« gute Studienbedingungen sichern: die Mittel pro Studienplatz erhöhen und sich dabei an den realen Kosten orientieren; bessere Betreuung im Studium; mehr Qualität und Offenheit sowie mehr Frauenförderung durch Regelungen zwischen Bund und Ländern garantieren;

- Weiterbildung als öffentliche Aufgabe verankern: mit einem Weiterbildungsgesetz den Rechtsanspruch, die Finanzierung und Qualität von Weiterbildung sichern; Unternehmen in die Verantwortung nehmen und Branchenfonds bilden; Gesetze von Bund und Ländern zu einer Erwachsenenbildungsförderung ausbauen und allen Menschen – unabhängig vom Geldbeutel – lebenslanges Lernen ermöglichen;

- Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten wertschätzen: die im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen, Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen anerkennen.

3.3. Wissenschaft, Forschung und Produktivität für eine Produktions- und Lebensweise von morgen

»Es liegt im Wesen von Wissen, ein gesellschaftliches Gemeingut zu sein, und im Wesen einer Wissensgesellschaft, sich als Kulturgesellschaft zu verstehen.«

André Gorz

Für die Große Koalition sind Wissenschaft und Forschung in erster Linie ein Standortfaktor, vor allem für die Exportwirtschaft. DIE LINKE lehnt diese einseitige Politik ab. Neue Erkenntnisse und Technologien müssen dem Gemeinwohl dienen und zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen wie der Überwindung von sozialer Ungleichheit, der Bewältigung des Klimawandels und der Ressourcenknappheit beitragen. Das geht nur, wenn über Chancen und Risiken von Innovationen transparent und mit öffentlicher Beteiligung verhandelt wird. Deshalb sind die Entscheidungen über die öffentliche Forschungsförderung aus den geschlossenen Zirkeln der Ministerien, Kuratorien und Industriekonsortien zu befreien. DIE LINKE steht der öffentlichen Förderung neuer Technologien aufgeschlossen gegenüber, wenn ihr Nutzen nachgewiesen und die Risiken für Menschen und Natur niedrig sind.

Der Staat trägt Verantwortung für die rechtliche und finanzielle Absicherung einer freien Grundlagenforschung.

Das mit öffentlichen Geldern erarbeitete Wissen muss dann auch allen zur Verfügung stehen und darf nicht privatisiert werden. Um im Allgemeininteresse tätig werden zu können, brauchen Forscherinnen und Forscher gute Arbeitsbedingungen. Die in Deutschland zunehmende Unsicherheit für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterhalb der Professur muss überwunden werden. Nicht zuletzt, um mehr Frauen den Weg in die Wissenschaft zu ebneten.

DIE LINKE fordert das Umsteuern in der Forschungs- und Technologieförderung zugunsten einer sozial und ökologisch nachhaltigen und gemeinnützigen Perspektive:

■ die öffentliche Forschungsförderung auf gemeinwohlorientierte Ziele ausrichten: teure Prestigeprojekte, Rüstungsforschung und industriegeführte Forschung aus öffentlichen Mitteln beenden; einseitige Orientierung auf milliardenschwere Förderung von Exportbranchen aufgeben; die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen als teure Subvention ohne jegliche Steuerungswirkung ablehnen;

■ neue Instrumente der Forschungsförderung entwickeln: öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure wie Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, kommunale Verwaltungen oder gemeinnützige Projektträger zu Auftraggebern für Forschungsleistungen machen; der Erneuerung des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs, der Energieversorgung und -speicherung, der Gesundheits- und Pflegeversorgung, der öffentlichen Verwaltung sowie des Bildungssystems Vorrang einräumen;

■ globale Verantwortung für die Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten übernehmen: neue Wirk- und Impfstoffe gegen armutsbedingte Krankheiten wie Tuberkulose oder Malaria und andere Tropenkrankheiten entwickeln; in einem ersten Schritt zehn Prozent der in der »Pharmainitiative« eingeplanten Mittel dafür einsetzen;

■ Forschung zur Lösung globaler Herausforderungen finanzieren: Mittel für die Schwerpunktforschung zur Umwelt- und Klimaentwicklung, Wasser- und Energieversorgung, Nord-Süd-Gerechtigkeit und zivilen Konfliktlösung aufstocken; Kultur- und Sozialwissenschaften als gleichberechtigte Forschungsfelder finanziell fördern und verstärkt zu Fragen einer gerechten, demokratischen und ethnisch wie kulturell vielfältigen Gesellschaftsentwicklung in die Verantwortung nehmen;

■ die ostdeutsche Forschungslandschaft stärken: Sonderprogramm für universitäre Grundlagenforschung in Höhe von 20 Prozent des Volumens der Exzellenzinitiative auflegen; erfolgreiche Förderung von innovativen kleinen und mittleren Unternehmen sowie Forschungskooperationen erhalten und ausbauen;

■ die Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verbessern: Mitbestimmung und demokratische Selbstverwaltung in den Wissenschaftseinrichtungen der Forschungsorganisationen und in den Hochschulen stärken und wissenschaftsspezifische Regelungen in den Tarifverträgen zur sozialen Absicherung des wissenschaftlichen Mittelbaus ermöglichen;

■ Frauen in der Wissenschaft stärker fördern: die Geschlechterperspektive in alle öffentlich geförderten Forschungsprojekte integrieren; Geschlechterdiskriminierende Auswahlverfahren sowie unsichere und ausgrenzende Karrierewege überwinden.

3.4. Gestaltung einer digitalen Medienordnung für mehr Demokratie

»Ha-ha! Dein Medium stirbt.«

Nelson Muntz von den Simpsons zu einem Print-Journalisten, 2008

Der Zugang zu Kommunikation und Information berührt Grundfragen demokratischer Beteiligung. Wer moderne Kulturtechniken nicht beherrscht oder keinen Zugang zur digitalen Welt hat, kann sich an einem wachsenden Teil demokratischer Willensbildung nicht beteiligen.

Die privaten und weltweit tätigen Telekommunikations- und Netzbetreiber mausern sich ohne kulturellen Auftrag, ohne öffentliche Kontrolle und Transparenz zu Sendeanstalten von morgen und bedrohen das gesamte duale, öffentlich-rechtliche und private Fernseh- und Rundfunksystem. Mit der Digitalisierung entstehen auch neue Möglichkeiten, das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer zu steuern und auszubeuten. Die technische Beschränkung eines freien und gleichen Informationsflusses im Netz nimmt zu. Interessengeleitete Forderungen und Begehrlichkeiten nach Internetsperren bei Urheberrechtsverstößen werden lauter.

DIE LINKE steht deshalb für die Schaffung einer demokratischen Medienordnung, die die digitale Wissensverarbeitung wieder öffentlicher Regulierung unterstellt. Es geht um

nicht weniger, als die Programm- und Inhaltsvielfalt zu schützen, die Freiheit im Internet zu erhalten und auszubauen sowie die menschliche Kreativität gegen fortschreitende Kommerzialisierung zu verteidigen. Die je nach Bundesland unterschiedlichen Formen des Bürgerfunks leisten hier einen guten Beitrag.

Die fortschreitende Kommerzialisierung ist zugleich von einer anhaltenden Medienkonzentration geprägt. Finanzinvestoren drängen in den Medien- und Pressesektor. Ihre Unternehmensstrategien erzeugen einen Rentabilitätsdruck, der auch die alteingesessenen Medienunternehmen erfasst. Folge ist die Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung, Kultur und Unterhaltung.

Die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes, des Arbeitsschutzes und ein sozial verantwortlicher Umgang mit den Beschäftigten sind im industriell geprägten Teil der Kreativwirtschaft inzwischen außer Kraft gesetzt. Feste Stellen sind die Ausnahme. DIE LINKE tritt dafür ein, die Interessen von allen in der Medien- und Filmindustrie abhängig und oft prekär Beschäftigten sicherzustellen.

DIE LINKE fordert:

- gute Arbeitsbedingungen für Medien und Filmschaffende: ein »Fair Work«-Siegel auf Spiele, Programme, Plattformen und Online-Angebote einführen;
- Rechte von Kreativen und Nutzerinnen und Nutzern im Internet in einem modernen Urheberrecht verankern: das Recht auf Privatkopien und Kopien für Bildungs- und Forschungszwecke langfristig sicherstellen;
- Kommunikations- und Medienfreiheit gewährleisten: eine digitale demo-

kratische Medienordnung gestalten; den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren; uneingeschränkte Publizierungsrechte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet gewährleisten; Rundfunkräte quotieren und entsprechend aktueller gesellschaftlicher Verhältnisse zusammensetzen; presserechtliche Redaktionsstatute, die einen hohen Grad der Mitbestimmung der Beschäftigten sichern, verankern;

■ Breitband-Internet-Anschlüsse in den gesetzlichen Universaldienst aufnehmen: Versorgungslücken in den ländlichen Regionen umgehend schließen; den Ausschluss sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation beenden;

■ Freiheit im Netz erhalten und ausbauen: Internetsperren verhindern; Netzneutralität technologisch zeitgemäß bewahren;

■ alle Informations- und Medienangebote barrierefrei gestalten; Bürgerfunk in den Ländern sichern und ausbauen.

3.5. Kulturelle Grundlagen einer dialogfähigen, gerechten Gesellschaft sichern

»Welch triste Epoche, in der es leichter ist, ein Atom zu zertrümmern als ein Vorurteil.«

Albert Einstein

Kulturelle Fragen sind Fragen nach der Utopiefähigkeit einer Gesellschaft, ihrer Geschichte, ihrem Zusammenhalt, ihren Erzählungen. Alle Menschen stellen solche Fragen – ob sie in existenziellen Nöten sind oder nicht. Wo Kultur nur als bildungsbürgerliche Zutat zum harten Leben ihr Dasein fristet, werden entscheidende Fragen nicht gestellt. Öffentliche Debatten beginnen oft in Theatern, Ausstel-

lungsräumen, in Sub-, Jugend- oder Protestkulturen.

Mit der 2008 ratifizierten Konvention zur kulturellen Vielfalt hat sich unser Land gegen die schrankenlose Liberalisierung und Verwertung kultureller Dienstleistungen ausgesprochen. DIE LINKE unterstützt eine umfassende Förderung der kulturellen Infrastrukturen unserer Gesellschaft. Dazu gehört der Erhalt barrierefreier öffentlicher Räume für Soziokulturen, Bibliotheken und Musikschulen, die Förderung freier Szenen und kleiner und mittlerer Unternehmen der Kulturwirtschaft.

In Bezug auf die hier lebenden ethnischen Minderheiten muss sich deutsche Politik endlich an den internationalen Maßstäben ausrichten. Egal, ob seit Jahrhunderten hier beheimatet, wie Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben (Wenden), oder erst vor einigen Jahrzehnten zu uns gekommen, wie Kurden, Türken oder Italiener, – sie alle müssen ohne Diskriminierung hier leben können und gleiche Chancen wie Deutsche haben. Für die angestammten Minderheiten gelten zudem die Maßstäbe der europäischen Minderheitenabkommen.

Erinnerungskulturen beginnen in der eigenen Partei. Ohne Offenheit entsteht kein Verständnis für die Vielschichtigkeit der politischen und kulturellen Auseinandersetzung in Ost und West. Wir wollen uns der differenzierten Kulturgeschichte des früher geteilten Landes vergewissern, ohne Scheuklappen, ohne Denkverbote. Mit staatlich verordneter Gedenkpolitik geht das nicht. DIE LINKE fordert mehr Pluralismus bei der historischen Verortung der deutschen Gesellschaft. Das Gedenkstättenkonzept des Bundes sollte

deshalb dezentrale Strukturen, die politische und inhaltliche Unabhängigkeit der Gedenkstätten und deren wissenschaftliche Fundierung befördern. Wer undifferenziert von den beiden deutschen Diktaturen spricht, verharmlost die Verbrechen des Faschismus. Die kritische Aneignung der ost- und westdeutschen Nachkriegsgeschichte ist ohne den geschichtlichen Kontext, der zur Machtübernahme der Nazis 1933 sowie zur Spaltung Deutschlands nach 1945 führte, nicht zu leisten.

DIE LINKE fordert unter Beachtung der Empfehlungen der Enquetekommission »Kultur in Deutschland«:

- das Staatsziel Kultur und die Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern: die Kulturförderung des Bundes dauerhaft sichern;
- Theater, Orchester, Musikschulen, Bibliotheken, Museen und Archive in öffentlicher Trägerschaft sichern und stärken; die Privatisierung der Kultur stoppen;
- Arbeits- und Lebensbedingungen von freien Künstlerinnen und Künstlern verbessern:
 - die Künstlersozialkasse erhalten;
 - eine Ausstattungsvergütung gesetzlich regeln;
 - ein Künstlergemeinschaftsrecht einführen: Kulturcents auf urheberrechtlich erloschene Werke für die Förderung junger Kunst erheben;
 - ein modernes Urheberrecht schaffen: die soziale Lage von Kreativen tatsächlich verbessern;
- eine Gedenkstättenpolitik auf den Säulen der demokratischen europäi-

schen und ost- und westdeutschen Kulturtraditionen entwickeln;

- Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen mit jenen Mitteln ausstatten, die den gewachsenen Aufgaben im Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Medienbereich entsprechen; die Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene grundlegend stärken.

3.6. Ohne Gleichstellung bleibt die Demokratie unvollständig

»Die größte Gefahr für die Gleichberechtigung ist der Mythos, wir hätten sie schon.«

Grete Nestor, 2006

Die Gleichstellung der Geschlechter in unserer Gesellschaft ist auf den ersten Blick paradox. Einerseits sehen wir junge Frauen, die mit besseren Noten die Schule verlassen als junge Männer. Andererseits führt dieser bildungspolitische Fortschritt nicht zu mehr Erfolg beim Zugang zur Ausbildung und in der Erwerbsarbeit. Spätestens mit der Geburt des ersten Kindes gibt es den Karriereknick. Die durchschnittlichen Frauenlöhne sind immer noch um rund ein Viertel niedriger als die der Männer.

Die Regierung hat in den vergangenen Jahren keine Anstrengungen unternommen, die Situation zu verbessern. In vielen Bereichen hat sich die Lebenssituation von Frauen sogar verschlechtert. So haben die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV finanzielle Abhängigkeiten in Partnerschaften weiter verschärft und das Recht von Frauen auf eigenständige Existenzsicherung untergraben.

Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, diese Verpflichtung endlich zu verwirklichen! Wir beschränken uns nicht darauf, Zugangsbarrieren zu beseitigen und für alle scheinbar »gleiche« Startbedingungen zu schaffen. Wir fordern gezielte Maßnahmen, um systematischen Benachteiligungen aktiv entgegenzuwirken. Zum Beispiel mit einem wirksamen Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unser Ziel ist, dass Frauen selbstbestimmt ihr Leben gestalten können. Männer und Frauen müssen gleichermaßen in allen Bereichen des menschlichen Daseins tätig sein können.

Für diese gleichberechtigte Teilhabe brauchen Frauen ökonomische Unabhängigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist ein untrennbarer Bestandteil von sozialer Gerechtigkeit. Aber die Geschlechtergerechtigkeit ist für DIE LINKE auch ein Wert an sich, der über soziale Fragen hinausgeht und sich auch auf Fragen von Kultur, Macht und Status erstreckt. Es geht um eine Gesellschaft, die für Frauen und Männer gleichermaßen gerechter werden muss. Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die männliche Überwinden.

Dazu gehört auch, die sexuelle Vielfalt in der Gesellschaft und die Gleichberechtigung unterschiedlicher Lebensentwürfe zu akzeptieren. Lesben, Schwulen, Transsexuellen und Transgendern werden elementare Rechte verwehrt. Die eingetragene Partnerschaft besitzt deutlich weniger Rechte als die heterosexuelle Ehe. Im Einkommens-, Einkommenssteuer-, Erbschafts-

und Adoptionsrecht werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Die Gleichstellung muss hier rechtlich vollzogen werden.

DIE LINKE fordert:

- Frauenselbstorganisationen unterstützen;
- Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen: Geschlechterverhältnisse in allen Politikbereichen systematisch berücksichtigen; alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern überprüfen; Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld sichern;
- das Bundesgleichstellungsgesetz und das Bundesgremiengesetz konsequent umsetzen und verbessern;
- Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft einführen: Betriebe solange zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichten, bis der Durchschnittsverdienst von Frauen und Männern gleich ist und Frauen in allen Entgeltgruppen zur Hälfte vertreten sind; den öffentlichen Dienst zum Vorbild machen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und individueller Lebensgestaltung;
- staatliche Subvention des überholten Familienmodells beenden: dem Modell mit einem Mann als Ernährer und der Frau bestenfalls als Zuverdienerin die einseitige gesetzliche Förderung entziehen;
- aktive Anti-Diskriminierungspolitik ermöglichen: im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ein echtes Verbandsklagerecht verankern;

unabhängige Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ermöglichen, diese vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abkoppeln und mit verbindlichen Rechten ausstatten;

■ eingetragene Lebenspartnerschaften rechtlich gleichstellen: individuelle Veranlagung aller Steuerpflichtigen unabhängig von ihrer Lebensweise einführen; Adoptions- und Beamtenrecht reformieren.

4. Demokratie und Grundrechte schützen

»Demokratie heißt nicht, dass die Mehrheit Recht hat. Die Mehrheit hat das Recht zu regieren.«

Umberto Eco

Das friedliche, tolerante Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft ist kein selbstverständliches Gut. Seine Grundlagen müssen immer wieder erneuert werden.

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor körperlicher Gewalt und kriminellen Taten und Bedrohungen zählen zu den zentralen Funktionen eines demokratischen Rechtsstaates. Die Garantie der Grundrechte im alltäglichen Leben und der Schutz der Bürgerrechte vor ungerechtfertigten Eingriffen des Staates verhindern den Marsch in den allumfassenden Überwachungsstaat. Es ist Aufgabe des Staates, die Würde eines jeden einzelnen vor An- und Übergriffen anderer zu schützen, ohne selbst Würde und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu verletzen.

Das Vertrauen in die Regeln einer demokratischen Gesellschaft lebt von der Erfahrung, dass diese Regeln für alle gelten, für den Erwerbslosen genauso wie für den Bankvorstand oder die Milliardärin im Pelzmantel. Die praktisch erfahrbare Gleichheit

vor dem Gesetz und durch das Gesetz zählt zu den wichtigsten Grundgütern einer demokratischen Gesellschaft. Die demokratische Gleichheit ist im Alltag immer dann verletzt, wenn wirtschaftliche Größe in politischen Einfluss und sozialen Druck umgemünzt wird. Sonderrechte für große Unternehmen und Banken sind wie ein schleichendes Nervengift für eine demokratische Gesellschaft. So produziert die herrschende Politik Wut, Ohnmacht, Zorn.

DIE LINKE steht für eine demokratische und soziale Rechts- und Innenpolitik. Wir nehmen die berechtigten Schutzbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ernst. Das bedeutet: Gewalt ächten und Übergriffe auf Leben und persönliches Eigentum verfolgen, ohne dabei die Schranken zu überschreiten, die die Grund- und Bürgerrechte dem Staat setzen. DIE LINKE bekämpft eine konservative Sicherheitspolitik, die einseitig die Polizei aufrüstet und immer neue Strafvorschriften schafft.

4.1. Rechtsstaat und Sozialstaat – Alternativen zum Sicherheitsstaat

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«

»Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich.«

Grundgesetz

Das Grundgesetz bestimmt Deutschland als demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen soll oberstes Gebot jedes staatlichen Handelns sein. Der Gebrauch des Eigentums soll auch dem Allgemeinwohl verpflichtet sein. Der Staat ist gefordert, zum sozialen Ausgleich und zu sozialer Gerechtigkeit aktiv beizutragen. Die Wirklichkeit entspricht diesen Geboten vielfach nicht: So wird Erwerbslosen im Hartz IV-Bezug die elementare sozialstaatliche Freiheit vorenthalten, Arbeiten unterhalb bestimmter sozialer Standards ohne existenzielle Folgen abzulehnen, das Anwachsen von Kinderarmut und -verwahrlosung geduldet und Wohnungslosigkeit hingenommen.

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz geschärft werden muss. Es geht nicht darum, den Sozialstaat für jeden Missstand oder jedes Unglück in die Pflicht zu nehmen. Es geht darum, staatliches Handeln ausdrücklich darauf zu verpflichten, aktiv gegen soziale Ausgrenzung, Ungerechtigkeit, Arbeits- und Wohnungslosigkeit vorzugehen.

Die Richterinnen und Richter sind dem Rechtsstaat ebenso wie dem Sozialstaat verpflichtet und gestalten

beide mit. In diesem Sinne sind sie politisch und sollten sich dessen bewusst sein. Aus dem Sozialstaatsprinzip folgt ihre Verpflichtung, den Schwächeren vor der Übermacht des Stärkeren zu schützen.

DIE LINKE fordert:

- das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz konkretisieren: soziale Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, Wohnung, Erholung, Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit verfassungsrechtlich verankern;
- Kinderrechte auf Förderung, Schutz und Beteiligung im Grundgesetz verankern;
- sofort wieder einen sozial gerechten Zugang zu gerichtlichem und außergerichtlichem Rechtsschutz für alle sichern: eine effektive Rechtsverfolgung durch ein sozial gerechtes Verfahrensrecht gewährleisten; durch Prozess- und Gerichtskosten Einkommensschwache nicht vom Rechtsweg ausschließen; Prozesskosten- und Beratungshilfe ausbauen; den Rechtsschutz von Menschen mit Behinderungen durch Ausbau und Stärkung des Betreuungsrechts wieder herstellen;
- den Abbau von Rechtsmitteln (Widersprüche, Berufungen) in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren verhindern;
- den Gerichtssaal in Strafverfahren nicht zu einem Basar verkommen lassen: die Schuld des Angeklagten durch ein rechtsstaatliches Verfahren nachweisen; vor Gericht alle gleich behandeln; die chronische Unterfinanzierung von Gerichten beenden; Geldstrafen für Vermögende angemessen erhöhen;
- das Prinzip der Resozialisierung im Strafrecht durchsetzen;

- das politische Sonderstrafrecht (§ 129a, § 129b StGB) abschaffen.

4.2. Schutz vor geschlechts-spezifischer Gewalt

»Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck der historisch ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, die dazu geführt haben, dass die Frau vom Mann dominiert und diskriminiert und daran gehindert wird, sich voll zu entfalten.«

Aktionsplattform der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995

Wie Sexualität gelebt wird, wer wen und wie liebt, geht den Staat nichts an. Diese Freiheit zu schützen, zählt vielmehr zu den Aufgaben des Staates. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper gehören untrennbar zusammen. Das Selbstbestimmungsrecht wird eingeschränkt, wenn eine Frau nicht frei über eine Schwangerschaft entscheiden kann. DIE LINKE meint: Jede Frau hat das Recht, allein und ohne staatliche Bevormundung oder Strafandrohung über ihre Schwangerschaft zu entscheiden.

In allen Ländern der Welt, in allen sozialen Schichten, quer über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg, wird die körperliche und seelische Unversehrtheit von Frauen und Mädchen verletzt. Auch in Deutschland erleben zwei von fünf Frauen in ihrem Leben sexuelle oder körperliche Gewalt. Besonderen Schutz benötigen Frauen mit Behinderungen. Jede vierte Frau wird hierzulande mindestens einmal in ihrem Leben von ihrem Partner misshandelt.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist keine »Privatsache«. Es muss eine gesellschaftliche Aufgabe sein, jegliche Form der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu ächten und deren körperliche und seelische Unversehrtheit zu schützen. Dennoch behandelt die Regierungskoalition den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen als nachrangiges »Frauenthema«, nicht als Aufgabe der Innenpolitik.

Die finanzielle Situation von Frauenhäusern wurde dramatisch verschlechtert; besonders in ländlichen Gebieten existieren zu wenig Schutz- und Hilfseinrichtungen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jede Frau unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Wohnort und ihrem Aufenthaltsstatus unbürokratisch Zuflucht und Hilfe bekommt. Diese 30 Jahre alte Forderung ist heute noch dringlicher als zuvor.

DIE LINKE fordert:

- Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen abschaffen: § 218, § 219 Strafgesetzbuch streichen; jede Frau hat das Recht, zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt;
- Selbstbestimmungsrecht von inter- und transsexuellen Menschen ohne Einschränkung sichern: Personenstandsgesetz und das Vornamensrecht in diesem Sinne ändern; fremdbestimmte operative Eingriffe bei Intersexuellen unterbinden;
- häusliche Gewalt entschieden bekämpfen: das Gewaltschutzgesetz weiterentwickeln; Informationspflicht des Zivilgerichts gegenüber der Polizei und Staatsanwaltschaft verankern; Wirksamkeit von Sanktionen gegen Gewalttäter prüfen;

■ Frauenhäuser bundeseinheitlich und bedarfsgerecht finanzieren: offenen Zugang zu Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen für alle Frauen unabhängig von sozialer Herkunft oder Aufenthaltsstatus garantieren; Kosten für den Aufenthalt der Kinder einschließen; Lebensunterhalt sichern und Unterhaltsansprüche von geflüchteten Frauen gegenüber Partnern auf den Staat übertragen;

■ Zukunftschancen für von Gewalt betroffene Frauen ermöglichen: durch Aus- und Weiterbildung, soziale Sicherung oder Vermittlungsunterstützung für existenzsichernde Erwerbsarbeit Eigenständigkeit fördern;

■ wirksamen Schutz vor Zwangsverheiratungen schaffen: ein eigenständiges Aufenthaltsrecht ab dem ersten Tag der Ehe und Rückkehrrecht für ins Ausland zwangsverschleppte Frauen einführen; die diskriminierenden Deutsch-Tests für einreisewillige Ehegatten wieder abschaffen;

■ den Opferschutz beim Menschenhandel an erste Stelle setzen: Aufenthalts- und soziale Rechte der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution stärken; Opferschutz nicht an die Aussagebereitschaft der Frauen koppeln und unabhängige anonyme Beratungsstellen schaffen.

4.3. Die Bürgerrechte schützen

*»Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren.«
Benjamin Franklin*

Terrorismus, organisierte Kriminalität und Gewaltverbrechen sind ernste Bedrohungen für das friedliche Zusammenleben. Sie schaffen ein Klima der Angst, fördern Misstrauen und lähmen gesellschaftliche Aktivität. Sie müssen wirkungsvoll verfolgt und

bestraft werden. Polizei und Justiz müssen gut ausgebildet und modern ausgerüstet sein. Für die erfolgreiche Bekämpfung von Kriminalität reichen die bestehenden Gesetze aus.

Die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität verfehlt ihr Ziel, wenn sie sich im Namen der »Inneren Sicherheit« über Verfassungsgrundsätze und Bürgerrechte hinwegsetzt. »Innere Sicherheit« auf Kosten von Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Freiheitsrechten ist kein Erfolg, auf den eine Demokratie stolz sein kann.

Wenn dem Staat als oberstem Schutzherrn der Bürgerrechte die Vorratsdatenspeicherung oder die Online-Durchsuchung recht sind, dann ist offenbar bestimmten Unternehmen wie Lidl, Telekom oder Deutsche Bahn die Überwachung des Personals billig. Der Wert von Grund- und Bürgerrechten bemisst sich aber gerade daran, was sie im Alltag wert sind.

Die Trennung von Militär und Polizei, von geheimdienstlicher und polizeilicher Tätigkeit ist für uns unaufgebbare Grundregel eines demokratischen Staatsaufbaus. Diese Trennung ist ebenso eine Lehre aus unserer Geschichte wie die Ablehnung einer zentralisierten Sicherheitsbehörde und des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren für polizeiliche Aufgaben.

DIE LINKE fordert:

■ Polizei und Geheimdienste scharf trennen: wachsende Geheimbereiche der Polizei und unkontrollierbare Kooperationsgremien einschränken und auflösen; Ausbau des Bundeskriminalamtes zu einer zentralisierten Polizei stoppen; perspektivisch alle Geheimdienste abschaffen, bis dahin die demokratische Kontrolle stärken;

- individuelle Kennzeichnungspflicht für uniformierte Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei einführen;
- Datenschutz und Datenschutzrecht modernisieren: Großprojekte, von Gesundheitskarte über biometrische Ausweise bis zu elektronischen Identitätskarten und einheitlicher Steuernummer, überprüfen und nach strengen datenschutzrechtlichen Kriterien korrigieren; wirksamen Arbeitnehmerdatenschutz schaffen; umfassendes Akteneinsichtsrecht und Verbandsklage einführen;
- das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der informierten Bürgerinnen und Bürger verteidigen: die Vorratsdatenspeicherung beenden; auf Online-Durchsuchungen und Zensurmaßnahmen im Internet verzichten, verdeckte Ermittlungsmethoden wie Video-, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung abbauen;
- Einsatz der Bundeswehr als »Hilfspolizei« im Inneren verbieten.

Drogen sind eine Alltagserscheinung. Die Unterscheidung in legale und illegale Substanzen ist willkürlich. Nach über 30 Jahren »Krieg gegen Drogen« breiten sich Anbau und Konsum illegaler Drogen weltweit weiter aus. Drogenhandel ist Schätzungen zufolge nach dem Handel mit Erdöl und Waffen das lukrativste Geschäft der Welt und verhindert die friedliche und rechtsstaatliche Entwicklung ganzer Staaten.

Der illegalisierte Drogenkonsum und auch der Missbrauch können zu schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Problemen führen. Wir treten für eine rationale und humane Drogenpolitik ein sowie für eine Liberalisierung des Betäubungsmittelrechts.

DIE LINKE fordert:

- eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Evaluierung der derzeitigen nationalen und internationalen Drogenpolitik einführen;
- Drug-Checking-Angebote zur Verringerung gesundheitlicher Risiken von Drogenkonsumentinnen und -konsumenten einführen;
- ausreichende und bedarfsorientierte psychosoziale Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger Behandlungsgrundlage anbieten;
- Cannabis als Arzneimittel bei entsprechender Indikation zulassen;
- Grenzwerte für die Teilnahme am Straßenverkehr bei Cannabiskonsum ähnlich der Promille-Regelung bei Alkohol festlegen;
- den derzeit völlig »freien« Drogenmarkt durch ein Abgabemodell für Cannabis regulieren, welches den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel unter Berücksichtigung des Jugendschutzes legalisiert.

4.4. Die Humanität einer Gesellschaft misst sich an ihrem Umgang mit Menschen in Not

»Dass es so etwas gibt wie ein Recht, Rechte zu haben, wissen wir erst, seitdem Millionen Menschen aufgetaucht sind, die dieses Recht verloren haben und zufolge der neuen globalen Organisation der Welt nicht imstande sind, es wiederzugewinnen.«

Hannah Arendt

Menschen in existenzieller Not brauchen Hilfe. Ihnen Hilfe zu leisten, ist ein humanitäres Gebot. Die Grenzen offen für Menschen in Not!

Wer ihnen Hilfe verweigert, verstößt gegen ein elementares Gebot der Menschlichkeit.

Wer aus politischen oder ethnischen Gründen, wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung verfolgt wird, wer um seine körperliche Unversehrtheit oder gar um sein Leben fürchten muss und sich auf der Flucht befindet, darf nicht abgewiesen werden. Aus diesen guten Gründen wurde im Grundgesetz das Grundrecht auf politisches Asyl geschaffen.

Durch den Asylkompromiss aus dem Jahre 1992 und die anschließende »Harmonisierung der EU-Asylpolitik« wurde dieses Grundrecht seiner Substanz beraubt. Die Grenzen der EU werden zu Hochsicherheitsgrenzen gegen Flüchtlinge ausgebaut. Folglich erreichen immer weniger Flüchtlinge überhaupt Deutschland. Wem das gelingt, der untersteht dem diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetz (Wohnheimunterbringung, Sachleistungen), darf nicht selbst durch Erwerbsarbeit für seinen Lebensunterhalt aufkommen (Arbeitsverbot) und sich nicht außerhalb des zugewiesenen Wohnortes bewegen (Residenzpflicht).

Wer nach einem zermürbenden Anerkennungsverfahren politisches Asyl erhält, sieht sich immer häufiger Asyl-Widerrufsverfahren ausgesetzt, wenn die Behörden der Ansicht sind, die Lage im Herkunftsland habe sich geändert. DIE LINKE tritt für eine humane Asylpolitik ein.

DIE LINKE fordert:

- das Asylrecht im Grundgesetz substanzvoll wiederherstellen; die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechts-

konvention uneingeschränkt gelten lassen und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umsetzen;

- geschlechtsspezifische Fluchtursachen als Asylgrund umfassend anerkennen: Frauen, die in ihrem Herkunftsland von geschlechtsspezifischer Gewalt – wie zum Beispiel weiblicher Genitalverstümmelung – bedroht sind, vor Abschiebung schützen;

- Flucht vor bürgerkriegsähnlichen, nichtstaatlichen Auseinandersetzungen, vor Milizen und Warlords als Grund für bleibendes Asyl anerkennen;

- Asylgewährung nicht widerrufen: anerkannte Flüchtlinge als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger behandeln; Zugang zu Integrationsmaßnahmen sicherstellen; Leitstellen gegen Diskriminierung und Rassismus in allen Bundesländern einrichten;

- benachteiligende Regelungen und Gesetze aufheben: Kettenduldungen beenden; Asylbewerberleistungsgesetz und Residenzpflicht abschaffen;

- für hunderttausende »Illegale« elementare Menschenrechte wie Schulbildung und die Behandlung von Erkrankungen sichern; behördliche Meldepflichten aussetzen; Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen;

- umfassenden Schutz für Menschen gewähren, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden;

- länger hier lebenden Menschen – unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status – ein gesichertes Bleiberecht gewähren;

- die UN-Kinderrechtskonvention umsetzen: für minderjährige Flüchtlinge das Ausländer- und Asylrecht entsprechend anpassen;

- Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen beenden;
- auf europäischer Ebene eine menschenrechtlich fundierte Asylpolitik durchsetzen: die Grenzschutzagentur FRONTEX abschaffen; die unfreiwillige Verschiebung von Flüchtlingen nach dem ungerechten Zuständigkeitsprinzip (Dublin II-Verordnung) verbieten; faire Asylverfahren sichern; Sammellager abschaffen sowie nichtstaatliche Verfolgung, Verfolgung wegen des Geschlechtes oder der sexuellen Orientierung als Asylgrund anerkennen.

4.5. Den Feinden der Demokratie entschieden entgetreten

»Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.«

Deutsche Geschichte

Eine demokratische Gesellschaft gründet auf dem gegenseitigen Versprechen aller Gesellschaftsmitglieder, sich als Gleiche zu achten und zu respektieren. Ohne die wechselseitige Anerkennung als Bürgerinnen und Bürger mit den gleichen demokratischen Rechten, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht oder Herkunft, Religion oder Weltanschauung, haben weder soziale Gerechtigkeit noch Demokratie Bestand.

Fremdenhass, Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und Homophobie richten sich gegen die Fundamente einer demokratischen Gesellschaft. Sie leugnen das Prinzip demokratischer Gleichheit und propagieren Lösungen auf Kosten von Schwächeren und Minderheiten. Ihr Leitsatz lautet, dass der Stärkere sich durchsetzen soll, im Alltag wie in der Politik.

Die Gründe für das Entstehen rechtsextremer Haltungen sind vielfältig: Sie entstehen immer wieder neu aus

Vorurteilen, Entdemokratisierung und Entsolidarisierung und werden begünstigt durch die soziale Spaltung in der deutschen Gesellschaft und Demokratiedefizite. Der Aufschwung rechtsextremer Parteien und die Verbreitung rechtsextremer Ideen dürfen nicht verharmlost oder gar als verständliche Reaktion auf gesellschaftliche Probleme gerechtfertigt werden. Der immer wiederkehrenden Kriminalisierung von Protest und Widerstand gegen Rechts – nicht zuletzt bei Aufmärschen – muss ein Ende gesetzt werden.

DIE LINKE fordert:

- rechtsextreme Gewalt ächten, staatlich verfolgen und konsequent ahnden: bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Gewalt anerkennen und fördern; die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Bundesministerien und von Bund und Ländern durch eine »Beauftragte des Deutschen Bundestages für Demokratie und Toleranz« koordinieren;
- eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einrichten; die Beobachtung von NPD und Nazistrukturen nicht nur dem Verfassungsschutz überlassen; mobile Beratungsteams, Exit-Angebote und andere öffentliche Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stärken und finanziell absichern; entsprechende Bildungsarbeit in Schule, Ausbildung und Politik fördern;
- die NPD verbieten und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus offensiv führen: den Einsatz von V-Leuten der Verfassungsschutzämter inner-

halb der NPD beenden; Parteien und Organisationen, die das Lebensrecht anderer bestreiten, nationalsozialistisches Gedankengut wiederbeleben und die Demokratie abschaffen wollen, bekämpfen und ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einleiten.

4.6. Mehr auf die Bürgerin und den Bürger setzen

*»Wir vereinigen in uns die Sorge um unser Haus und zugleich um unsere Stadt, und den verschiedenen Tätigkeiten zugewandt, ist doch auch in staatlichen Dingen keiner ohne Urteil.«
Thukydides*

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement bereichert das gesellschaftliche Leben. Darin spiegeln sich die Fähigkeiten und der Mut der Bürgerinnen und Bürger, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Eine demokratische Gesellschaft lebt von diesem Engagement. DIE LINKE tritt für eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ein. Freiwillige ehrenamtliche Arbeit darf nicht als Lückenbüßer für einen Abbau des Sozialstaates missbraucht werden. Sie darf auch nicht nur eine Sache derer sein, die es sich leisten können. Für Erwerbslose und Geringverdienende, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen müssen die gleichen Teilhabemöglichkeiten gesichert werden.

Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt müssen in Staat und Gesellschaft einen höheren Stellenwert bekommen. Gerade weil Bürgerengagement nicht auf materiellen Gewinn gerichtet ist, muss es durch eine wirksame Anerkennungskultur gewürdigt werden. Gute Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche

Engagement schaffen die Grundlage für den Erhalt und den Ausbau von sozialer und demokratischer Teilhabe. Das Engagement für Gesellschaft, Familie und Erwerbsleben sowie Zeit für sich selbst müssen besser miteinander vereinbar werden. Das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten ist von besonderer Bedeutung für das Zusammenleben und die Teilhabe. Sie sind mit konkreten Projekten zu unterstützen.

DIE LINKE fordert:

- rechtliche, finanzielle, versicherungstechnische und infrastrukturelle Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit verbessern;
- Aufwendungen für bürgerschaftliches Engagement bzw. pauschale Aufwandsentschädigung als direkte Zuwendung erstatten und nicht auf staatliche Leistungen anrechnen;
- Möglichkeiten zum Erproben und zur kostenlosen Fortbildung der Freiwilligen in unterschiedlichen Engagementfeldern fördern.

Verbraucherschutz gegen Produzentenmacht stärken. Bürgerinnen und Bürger sind nicht machtlos. Sie können ihre verfügbaren finanziellen Mittel bewusst einsetzen und beispielsweise keine Waren mit gesundheitsschädlichen Inhaltsstoffen kaufen oder Produkte aus sozial unverträglicher Herstellung in den Regalen liegenlassen. Allzu häufig allerdings sind Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Anbieterinnen und Anbietern von Waren und Dienstleistungen benachteiligt. Ihnen fehlen Fachkenntnis und sachgerechte Informationen. DIE LINKE will den Verbraucherinnen und Verbrauchern daher umfassende Transparenz und

Information garantieren und sie in ihren Rechten stärken.

DIE LINKE fordert:

■ die Verbraucherrechte stärken und vorsorgenden Verbraucherschutz verankern: Verbraucherinnen und Verbrauchern umfassende Rechte auf Information und Transparenz einräumen; Rechte der Verbraucherverbände sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken; Ampelkennzeichnung bei Lebensmitteln einführen;

■ die Verbraucherpolitik sozial gerecht gestalten: vor allem einkommensschwache, bildungsferne oder unerfahrene Verbraucherinnen und Verbraucher unterstützen;

■ die Nachweispflichten umkehren: Produzentenhaftung ausweiten, Geschädigtenschutz verbessern;

■ Telefon-Verkäufe neu regeln: Rechtswirksamkeit telefonisch vereinbarter Verträge an schriftliche Bestätigung binden.

5. Frieden und Gerechtigkeit – weltweit!

*„Ich möchte Erde, Feuer,
Brot, Mehl, Zucker, Meer,
Bücher, Heimat für alle.“*

Pablo Neruda

Die Welt, in der wir leben, ist in den vergangenen Jahren nicht friedlicher und sicherer geworden. Sie wird von vielfältigen Krisen erschüttert. Weltweit werden verstärkt Kriege um Ressourcen geführt. Der globale Kapitalismus hat die Finanzmärkte in den Abgrund und die Volkswirtschaften vieler Länder in eine tiefe Rezession gestürzt. In den Industrieländern sind damit fühlbare Wohlstandsverluste für die Bürgerinnen und Bürger verbunden. In den nicht industrialisierten und rohstoffarmen Ländern erleben Armut, Hunger und Seuchen einen katastrophalen Anstieg.

Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden. Gute Außenpolitik, die den Interessen des eigenen Landes an einer auf Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit verpflichteten Weltord-

nung gerecht werden will, muss sich bewusst sein, was das eigene Handeln in der Welt bei anderen bewirkt: Für eine Bewohnerin der südlichen Halbkugel muss es völlig unbegreiflich sein, dass allein die EU-Staaten Rettungspakete für Banken schnüren, deren Summe sich auf zwei Billionen Dollar beläuft, während ein Bruchteil davon ausreichen würde, um die schlimmsten Plagen der Menschheit, vom Hunger bis zum Analphabetismus, zu besiegen. Diese unfassbaren Missverhältnisse müssen wirksam bekämpft werden.

Tatsächlich aber bekommt die Außenpolitik der industrialisierten, rohstoffarmen Länder wie Deutschland in wachsendem Maße den Charakter einer imperialen Rohstoff- und Energiesicherungspolitik. Die Konkurrenz um die noch verbliebenen Rohstoffe zieht immer öfter Gewalt und Kriege nach sich. Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise verschärfen die weltweite Ernährungs- und Grundversorgungskrise. Milliarden Menschen haben weder ausreichende Nahrung noch

Zugang zu sauberem Wasser und elektrischer Energie. Von gesundheitlicher Versorgung und Bildung ganz zu schweigen. Eine auf Frieden orientierte Außenpolitik muss sich auch für die Reform des Weltwährungssystems und für eine Weltleitwährung einsetzen, die nicht auf einer nationalen Währung basiert.

Streben nach Vorherrschaft und Einsatz militärischer Stärke sind keine Grundlage für die Krisenbewältigung. Wer Kooperation erreichen will, muss das Völkerrecht und die Menschenrechte achten. Die zentrale Institution muss die UNO sein, ihre Beschlüsse müssen respektiert werden. DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts und der Durchsetzung des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen.

5.1. Entwicklung braucht Gerechtigkeit

»Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist der objektive Mangel besiegt, und die Utopie des gemeinsamen Glücks wäre materiell möglich.«

**Jean Ziegler,
ehem. UN-Beauftragter
für das Recht auf Nahrung**

DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuorientierung unserer Beziehungen zu den Ländern des Südens. Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik müssen an den strukturellen Problemen ansetzen, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hervorgerufen werden. Eine wirksame deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt einen Systemwechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Handelspolitik sowie der Agrarpolitik voraus.

Die Entwicklungszusammenarbeit der westlichen Industrieländer zielt bisher auf eigene wirtschaftliche Vorteile. Sie ist zu einem Anhängsel der Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik geworden. Ein Vielfaches dessen, was als Hilfe von Nord nach Süd fließt, kommt über Zinstilgungen, Kapitalflucht und ungerechten Handel zurück in die reichen Länder.

Die Bundesregierung hat zunehmend Entwicklungshilfe mit Rohstoffsicherung verknüpft; in der Europäischen Union treibt gerade die deutsche Regierung die Freihandelspolitik gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern voran, um Absatzmärkte zu erschließen. Nicht selten wird die Entwicklungshilfe dabei zum Faustpfand, um Marktöffnung zu erzwingen. Die jetzige Krise zeigt: Die Politik des Freihandels und der Liberalisierung ist gescheitert. Sie führt zu immer mehr Krisenanfälligkeit und noch mehr Abhängigkeit. Sie behindert die Entwicklung im Süden und die weltweite Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung. Eine selbstbestimmte Entwicklung und die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens zu stärken, das sind hingegen vorrangige entwicklungspolitische Ziele für DIE LINKE.

Dazu muss Entwicklungspolitik die Süd-Süd-Beziehungen und regionale Märkte als Gegenpol zur globalen Handelspolitik stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen im eigenen Land fördern und für gerechte Preise sorgen. Die Förderung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ist zu verstärken, auf Kosten der rein exportorientierten Agrarindustrie. Die lokalen Produzentinnen und Produzenten sind vor Preis-Dumping und Verdrängungswettbewerb zu schützen, die durch

die Agrarexportsubventionen der EU und durch Freihandelsabkommen begünstigt werden.

Frauen spielen für die beständige Entwicklung auf allen Ebenen, in der Bildung, in der Wirtschaft, in den familiären Zusammenhängen, eine tragende und entscheidende Rolle. Erfolgreiche Entwicklungspolitik – das zeigen weltweite Erfahrungen – ist immer auch aktive Frauenförderungspolitik.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit muss im Kern ausgerichtet sein auf die Befreiung von Armut, Analphabetismus, Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg. Dabei sind weltweite soziale, ökologische und antimilitaristische Bewegungen, wie zum Beispiel das Weltsozialforum, Gewerkschaften, lokal gesteuerte Entwicklungsinitiativen auf kommunaler und regionaler Ebene, Selbsthilfegruppen und Nichtregierungsorganisationen, neben nationalen und supra-regionalen Institutionen, wichtige Bündnispartner.

DIE LINKE fordert:

- das Menschenrecht auf Nahrung und die Nahrungssouveränität verwirklichen: Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, angepasste Technologien und eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung ins Zentrum der Förderung rücken;

- Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten: die Finanzmärkte regulieren, Hedgefonds und spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln unterbinden; den Import von Agrarrohstoffen zur Bio-Sprit-Erzeugung ausschließen, bis die globale Nahrungsmittelversorgung nachhaltig gesichert ist;

- Frauenförderung zum entwicklungs- politischen Schwerpunkt machen: Geschlechtergerechtigkeit auf allen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ebenen konsequent fördern; bei der Vergabe von Geldern die jeweilige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, beispielsweise in der Agrarproduktion, berücksichtigen; in Frauenförderungsprojekte investieren, eine qualitativ gute Grundbildung für Mädchen und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen unterstützen;

- IWF und Weltbank demokratisch reformieren und vollständig in das UN-System einbinden; regional basierte und orientierte Einrichtungen für die Kreditvergabe stärken;

- gerechte Handelsstrukturen herstellen, Entwicklungsländer entschulden: die EU-Exportsubventionen abschaffen; die »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) und andere Freihandelsabkommen neu verhandeln; faire Schiedsverfahren für insolvente Staaten schaffen;

- wirkungsvolle und verlässliche Nothilfe gewährleisten: die Zahlungen für die internationale Nothilfe auf eine verbindliche Basis stellen und finanzkrisensicher machen; Hilfen ohne wirtschaftspolitische Auflagen gewähren;

- Entwicklungspolitik an zivile Konfliktprävention, Völkerrecht und Menschenrechte sowie aktive Friedenspolitik binden: Unterordnung der Entwicklungszusammenarbeit unter die Außen- und Sicherheitspolitik und die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit beenden; die demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen des Südens direkt stärken, die Zielgruppen der

Projekte in die Planung und Umsetzung einbeziehen und internationale Hilfen besser koordinieren;

- Entwicklungsländern Lizenzen für preiswerte Medikamente zur Verfügung stellen;
- 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe bereitstellen.

5.2. Globale Lösungen erfordern globale Kooperation

»Unsere Aufgabe ist es, die Welt schöner, sicherer und besser zu machen, als wir sie angetroffen haben.«

Muhammad Yunus, Friedensnobelpreisträger

Das Völkerrecht ist die einzige Rechtsgrundlage zwischen den Staaten. Wenn es verletzt werden darf, gilt kein Recht mehr, sondern nur noch das Recht des Stärkeren. Deshalb wird DIE LINKE, im Gegensatz zu den anderen Parteien, keinem Bruch des Völkerrechts zustimmen.

Aber solange die Vetomächte des UN-Sicherheitsrates und ihre Verbündeten das Völkerrecht brechen, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen, bleibt die UNO eher machtlos. Wir wollen, dass die UNO politisch gestärkt wird. UN-mandatierte Kriege wie auch eine weitere Militarisierung der UNO lehnen wir ab. Für soziale Entwicklung, Gesundheit und Bildung sowie zivile Konfliktlösung müssen die Mitgliedstaaten der UNO mehr Mittel und Kompetenzen geben.

Nur so kann die UNO bei internationalen Problemen helfen, weltweit Frieden und soziale Gerechtigkeit fördern und sichern. Unverzichtbar ist die Demokratisierung der Vereinten Nationen. Unabhängig von der

ausstehenden UN-Reform muss die aktuelle Entwertung des Völkerrechts gestoppt werden. Es gibt keine »humanitären« Militärinterventionen. DIE LINKE lehnt daher alle völkerrechtswidrigen Militär- und Kriegseinsätze, auch mit UN-Mandat, ab. Kriege sind immer inhuman und die gravierendste Menschenrechtsverletzung.

Deutschland und die EU müssen die »Millenniumsziele« der UNO nachdrücklich unterstützen und dazu beitragen, dass die Reform der Weltwirtschaftsordnung nicht eine Angelegenheit der G8- und G20-Staaten bleibt, sondern auf die Agenda der UNO kommt. Eine wirksame globale Klimapolitik verlangt eine klimapolitisch aktive UNO.

Das bisherige System des Emissionshandels hat sich als weitgehend unwirksam erwiesen. Emissionsrechte wurden in der Regel verschenkt. Die Vorgaben zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes waren zu schwach. Entwicklungspolitische Steuerung war nicht vorgesehen. Globale Klimapolitik muss von dem Grundsatz der Gleichheit der Menschen ausgehen. Pro Kopf darf dann auf jeden Menschen nur die gleiche Menge CO₂-Ausstoß entfallen, die global auf Dauer klimaverträglich ist.

Wer diesen Grundsatz globaler Gleichheit ernst nimmt, erkennt, dass vor allem die industrialisierten Länder schnell und energisch handeln müssen.

Die links orientierten Staaten Mittel- und Südamerikas zeigen, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Vorteil – ohne Ausplünderung und Ungerechtigkeit – funktionieren kann. Die Bundes-

regierung muss mit den links orientierten Regierungen Lateinamerikas den Weg der Kooperation statt der Konfrontation suchen und die Blockade Kubas aufheben.

DIE LINKE fordert:

- deutsche Außenpolitik auf eine Stärkung der UNO orientieren: das Völkerrecht als vertragliche Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten anerkennen, durchsetzen und weiterentwickeln;
- die UNO demokratisch reformieren: die Instrumentalisierung der UNO für die Mandatierung von Kriegen beenden; Militärbündnisse der UNO unterordnen; der UNO-Vollversammlung mehr Rechte einräumen;
- die Millenniumsziele der UNO bis 2015 verwirklichen: die schlimmsten Geißeln der Menschheit – wie Armut, Hunger, Nahrungs- und Trinkwassermangel, Seuchen und Krankheiten, Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung und Analphabetismus – drastisch reduzieren und ihre Bekämpfung in völkerrechtlich verbindlichen Regelungen festschreiben;
- eine aktive Rolle der UNO bei der Reform der Weltwirtschaftsordnung akzeptieren: eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht allein den mächtigen Staaten überlassen; die Finanzmärkte strikt regulieren; ein System fester Wechselkurse schaffen; in der Politik der Welthandelsorganisation (WTO) die Dogmen der Privatisierung, der Liberalisierung und des Freihandels überwinden und entwicklungspolitisch sinnvolle Ziele im Rahmen einer ökologisch nachhaltigen und sozial, politisch und wirtschaftlich gerechten Weltwirtschaftspolitik stärken;

- die UNO als globale Instanz bei der Bewältigung lebensnotwendiger Aufgaben wie Schaffung von Ernährungssouveränität, Zugang zu Wasser und Klimawandel stärken;

- die Ausgleichszahlungen für die Folgen des Klimawandels an die Staaten des Südens deutlich erhöhen;

- einen Wandel der Energieversorgung hin zu einer Energiesouveränität der südlichen Länder mittels eines Mixes aus erneuerbaren Energien und einem verstärkten globalen Wissens- und Technologietransfer.

5.3. Deutsche Außenpolitik: Friedenspolitik durchsetzen!

»Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: ‚Nein, das tun wir nicht!‘«

Rosa Luxemburg,

am 25. September 1913 auf einer Kundgebung in Fechenheim (für diese »Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz und Anordnungen der Obrigkeit« wurde sie 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.)

Die deutsche Außenpolitik ist von SPD und Grünen militarisiert worden und zunehmend auf die imperiale Durchsetzung von Kapitalinteressen gerichtet. Seit dem Angriffskrieg gegen das damalige Jugoslawien beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland aktiv an Handlungen, die das Völkerrecht verletzen.

Das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen als Kern des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist zu achten. Deutschland beteiligt sich jedoch entweder direkt (Kosovo, Afghanistan) oder indirekt

(Irak) an Militärinterventionen und völkerrechtswidrigen Kriegen.

Als NATO-Mitgliedsstaat akzeptiert die Bundesrepublik Deutschland das Neue Strategische Konzept der NATO, das die Verfolgung ökonomischer Interessen zu einer militärischen Aufgabe erklärt.

Die beiden großen Kriege der vergangenen Jahre sind der Afghanistan-Krieg und der Irak-Krieg, der ein Krieg um Öl ist. Insbesondere der Krieg in Afghanistan wird gegenüber jeder Kritik zäh verteidigt, weil die NATO im Falle eines Scheiterns ihre Interventionsfähigkeit in Frage gestellt sieht. Ihr eigentliches Kriegsziel ist, sich als globale Interventionsmacht zu zeigen. Dadurch aber wird die Lage in Afghanistan deutlich schwieriger. Es gibt keinen militärischen Sieg im sogenannten Anti-Terror-Krieg.

Gemessen an den globalen Herausforderungen, ist die deutsche Außenpolitik kontraproduktiv. Die Bundesregierung orientiert sich außenpolitisch stärker an der Konfrontations- und Interventionspolitik der USA und der NATO als an der Aufgabe, kooperative Antworten auf globale Probleme zu finden.

DIE LINKE fordert:

- die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen;
- keine Auslandskriegseinsätze der Bundeswehr zulassen – auch nicht unter UN-Mandat: keine Militärberater zur Unterstützung autoritärer Regimes entsenden;
- den Verteidigungsetat verkleinern und den zivilen Friedensdienst ausbauen;
- sofort auf die Pläne zur militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide als

Bombodrom verzichten: Kein Bombodrom nirgendwo!;

- die NATO auflösen und ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands: die Errichtung des »Raketenabwehrschildes« in Polen und Tschechien verhindern; die zivilen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen EU und Russland ausbauen; die Östliche Partnerschaft mit Staaten aus der früheren Sowjetunion unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen Russlands gestalten;

- radikal abrüsten: die Wehrpflicht abschaffen; die Bundeswehr zu einer Verteidigungsarmee umgestalten und deutlich verkleinern; mit einem Konversionsprogramm des Bundes die Aufgabe von Militärstandorten und die zivile Nutzung aufgegebener militärischer Liegenschaften unterstützen; Jugendoffiziere in Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen nur mit Vertreterinnen und Vertretern gegenteiliger Auffassungen auftreten lassen; der Tendenz zur Privatisierung militärischer Dienste entgegentreten und insbesondere für das internationale Verbot von Privatarmeen eintreten;

- keinem Ausweitungsversuch der NATO zustimmen: die Beteiligung an der NATO Response Force (NRF) und multinationalen Rüstungsprogrammen ablehnen; keiner Ausweitung des NATO-Auftrages (Strategischer Seetransport, Katastrophenschutz, Energiesicherheit) zustimmen; NATO-Doktrin präventiver Kriege und des Einsatzes von Atomwaffen beenden; aktive Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt unternehmen;

- die UN-Resolution 1325 »Frauen und Frieden« umsetzen: Frauen und

Mädchen in Kriegs- und Krisensituationen schützen und an Friedensprozessen aktiv beteiligen; nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 auflegen; die Herstellung, Nutzung und den Vertrieb von Streubomben und Landminen verbieten, den Bestand dieser Waffen vernichten;

- Rüstungsexporte verbieten;
- alle militärischen Stützpunkte ausländischer Armeen in Deutschland schließen und alle Atomwaffen vernichten lassen.

5.4. Deutschland in Europa: Für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union

»Die internationalen Finanzmärkte haben heute einen Komplexitätsgrad erreicht, der dem Weltwetter in nichts nachsteht.«

Susan George, 1998

Die Europäische Union ist unverzichtbares politisches Handlungsfeld für die Sicherung des Friedens in Europa, für die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise, für die Wahrung von Beschäftigteninteressen, für den sozial-ökologischen Umbau des europäischen Binnenmarktes, für die Lösung der globalen Herausforderungen und die globale Kooperation. Europa und die Europäische Union sind hierfür nicht gut gerüstet.

Die Regierungen der EU-Staaten haben die Begeisterung vieler Bürgerinnen und Bürger für Europa auf lange Zeit verspielt. Der Wettlauf um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialleistungen wurde gefördert, und die abhängig Beschäftigten der europäischen Staaten wurden gegeneinander ausgespielt.

Die Europäische Union hat bisher darauf verzichtet, die politischen Instrumente zu schaffen, um auf globale Krisen der Wirtschafts-, der Klima- und Energiepolitik sowie der Lebensmittelversorgung angemessen zu reagieren. Die Europäische Union, die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof sind bislang auf eine Politik festgelegt, die zu den Ursachen dieser Krisen zählt: Durchsetzung der europäischen Wirtschaftsfreiheiten, der Dienstleistungs- und Kapitalfreiheiten, der Entstaatlichung, Privatisierung und Deregulierung. Das muss sich ändern.

DIE LINKE fordert:

- eine europäische Wirtschaftsregierung einrichten: Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik koordinieren;
- die Europäische Zentralbank (EZB) gleichrangig auf Preisstabilität, nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung verpflichten: EZB durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kontrollieren;
- den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch eine Vereinbarung für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzen;
- eine soziale Fortschrittsklausel mit dem Titel »Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sichern« in europäische Verträge aufnehmen;
- eine europäische Verfassung durch Bürgerinnen und Bürger mit gestalten lassen und allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zugleich zur Abstimmung vorlegen;
- die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen, Diskrimi-

nierungsschutz ausbauen: Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität europaweit ausschließen;

■ die EU-Regional- und Strukturpolitik mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten: Auf- und Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Westeuropa; die Zusammenarbeit in den Grenzregionen, zum Beispiel zwischen Deutschland und Polen und Tschechien, verstärkt entwickeln;

■ die Grenzschutzagentur FRONTEX abschaffen;

■ die Europäische Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur ersetzen;

■ militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik beenden;

■ die Zusammenarbeit mit den östlichen und südöstlichen europäischen Nachbarländern ausbauen; Deutschland zum Vorreiter für Versöhnung und Verständigung machen; die Verkehrsverbindungen zwischen West- und Osteuropa beschleunigt ausbauen;

■ die regionale Zusammenarbeit der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzregionen durch den Bund unterstützen und verstärken.

6. Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden.

»Was mich am meisten beunruhigt, ist die himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten treffen. (...) Die Politik macht sich lächerlich, wenn sie moralisiert, statt sich auf das Zwangsrecht des demokratischen Gesetzgebers zu stützen. Sie und nicht der Kapitalismus ist für die Gemeinwohlorientierung zuständig.«

**Jürgen Habermas,
November 2008**

In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise rufen selbst die neoliberalen Fundamentalistinnen und Fundamen-

talisten nach dem rettenden Staat. Das ist die Stunde der Politik! Wer in der Krise die Gelegenheit versäumt, die Spielregeln grundlegend zu ändern, bereitet durch Unterlassung die nächste Krise vor. Er handelt verantwortungslos gegenüber den Mehrheitsinteressen: Arbeit, Einkommen, Wohlstand, Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Kultur in einer gut organisierten Gesellschaft, die in demokratischer Gleichheit aller über ihre öffentlichen Angelegenheiten entscheidet, statt von Banken- und Konzernmacht erpresst zu werden.

DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit, für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, für die Interessen der Lohnabhängigen und für die gleichberechtigte Teilhabe der vom

Kapitalismus Ausgegrenzten und Ausgemusterten.

DIE LINKE steht für ein friedliches und solidarisches Miteinander der Völker und Staaten, für ausschließlich zivile Konfliktlösungen. Dafür setzen wir uns ein, im Deutschen Bundestag und in der Gesellschaft.

Links wirkt! Das haben die vergangenen vier Jahre gezeigt. Auf eine erstarkte LINKE reagieren die anderen Parteien, weil sie uns und um ihre Wählerinnen und Wähler fürchten. Wenn jetzt auch andere Parteien mit Forderungen der LINKEN wie Mindestlohn, Börsenumsatzsteuer, längeres Arbeitslosengeld, Abschaffung der Lohndiskriminierung von Frauen, mehr Ausgaben für die Bildung um Wählerstimmen werben, dann ist das gut so, wenngleich schlimme Erfahrungen mit Wahlversprechen nicht vergessen sind. Wir werden sie beim Wort nehmen! Wir werden die Probleme zur Sprache bringen und unsere Vorschläge zur Abstimmung stellen!

Der Politikwechsel, der jetzt, mitten in der Krise, notwendig ist, erfordert Entschiedenheit und Mut. Er erfordert auch politischen Druck aus der Gesellschaft, aus Vereinen, Betrieben und sozialen Bewegungen, aktives Einmischen. Unsere Fraktion wird auch in den kommenden vier Jahren offen sein für den Protest und die Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, der Globalisierungskritikerinnen und -kritiker, der Menschen mit Behinderungen, der Frauenbewegung und der Erwerbslosen, von Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Kultur und Religion sowie von sozial verantwortlichen Unternehmerinnen und Unternehmern. Ihre Ideen und ihr Engagement werden gebraucht.

DIE LINKE wirkt. Dafür brauchen wir Ihre Stimmen am Wahltag, mit denen Sie unsere Fraktion entsprechend verpflichten.

**Je stärker DIE LINKE,
desto sozialer das Land.**

Ich will den Wahlkampf der LINKEN unterstützen:

Vorname/Name

Straße

Postleitzahl

Ort

Telefon

E-Mail-Adresse

Ich möchte...

beim Plakatieren helfen.

Zeitungen in meiner Nachbarschaft verteilen.

Bitte schick mir: 50 100 200 400 _____ Zeitungen

bei großen Verteilaktionen helfen.

alleine/mit anderen auf einem Wochenmarkt/auf öffentlichen Plätzen etc.
für DIE LINKE Flugblätter/Zeitungen verteilen.

bei Infoständen mitmachen.

vor einer Schule/Berufsschule/Universität Flugblätter/Zeitungen etc. verteilen.

sonstiges _____

Ich habe... abends, morgens, nur am Wochenende, unter der Woche Zeit.

Ich habe einen Führerschein. Ich könnte mein Auto im Wahlkampf einsetzen.

Diese Angaben dienen der Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Wahlkampfbüro der LINKEN und den Aktiven vor Ort. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ich erkläre dazu mein Einverständnis

Ich will _____ Euro spenden. Hierzu ermächtige ich DIE LINKE, den angegebenen Betrag per Lastschrift von folgendem Konto abzubuchen:

Kontonummer

Bankleitzahl

Kreditinstitut

Ich möchte eine Spendenquittung

Ich spende per Überweisung auf das Spendenkonto des Parteivorstandes
Parteiivorstand der Partei DIE LINKE, Kontonummer: 5 000 600 000, Bankleitzahl: 100 900 00
Kreditinstitut: Berliner Volksbank eG, Verwendungszweck: Wahlkampfspende

Datum, Unterschrift

Einsenden an DIE LINKE, linksaktiv, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon 0 30/2 40 09-999, Fax 0 30/2 40 09-541 E-Mail: mobilisierung@die-linke.de, www.die-linke.de



Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name

Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift

Impressum

DIE LINKE

V.i.S.d.P. Dr. Dietmar Bartsch

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: 030 / 2 40 09-999

E-Mail: wahlquartier@die-linke.de

www.die-linke.de